

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4698. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21, Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig, Telefon 18693. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Restame-Kolonelleile 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkankalten entgegen.

Streik der englischen Bergarbeiter.

Mit unverminderter Schärfe kämpfen die englischen Kohlenbergarbeiter weiter. Es ist sogar höchstwahrscheinlich, daß der Streik bald weitere Kreise erfassen wird. Die Londoner Times wimmern und wehklagen: „Wir sind am Rande des Abgrundes.“ Morningpost fordert die Regierung auf, fest zu bleiben und keine Zugeständnisse zu machen, sonst würden die Streikandrohungen anhalten und die Industrie zerfallen. Daily Telegraph erblickt die Entscheidung des Streiks als eine Frage um Leben und Tod der demokratischen Regierung. Einige Blätter heben dem Ausgang des Kampfes sehr pessimistisch gegenüber. Er sei eine Bewegung, die nicht von den Führern, sondern von den radikalen Elementen in den Gewerkschaften getragen werde. Lloyd George erklärte einer Abordnung gegenüber, es könne innerhalb weniger Stunden Frieden sein. Die Lage könne sich jedoch auch zum arduen Kampf entwickeln, den England zu durchgemacht habe. Evening News meldet über die bisherige Wirkung des Streiks, die Verluste an Steinkohlen für das Land betragen 2 500 000 Tonnen. Die Zahl der Arbeitstagen belaufe sich auf insgesamt 1 650 000, der Gesamtverlust an Löhnen auf 3 225 000 Pfund Sterling.

Gesetzliche Ausnahmemaßnahmen.

London, 23. Oktober. Wie das Reutersche Bureau meldet, kommt die im Unterhaus eingereichte Bill, die für die Dauer des gegenwärtigen Zustandes Ausnahmemaßnahmen vorsieht, einer Wiedererlebung des Relegationsgesetzes gleich. Die Bestimmungen über diese Bill, die nächsten Dienstag zur zweiten Lesung kommen wird, sollen beschleunigt werden.

Verlagung des Eisenbahnerstreiks.

London, 23. Oktober. (Reuters.) Die Vollzugsausschüsse des Bergarbeiterbundes und des Eisenbahnerverbandes hielten heute eine Beratung ab. Der Vollzugsausschuss des Bergarbeiterbundes teilte mit, daß Lloyd George den Vollzugsausschuss zu einer neuen Konferenz eingeladen habe. Diese Einladung wurde angenommen. Der Vollzugsausschuss der Bergarbeiter ersuchte daher die Eisenbahner, ihren Streik zu verschieben, um die neuen Verhandlungen nicht zu beeinträchtigen. Die Vertreter der Bergarbeiter werden morgen früh mit der Regierung in Downingstreet zum Zusammenreffen.

London, 23. Oktober. Der Eisenbahnerstreik ist für die Dauer der Verhandlung zwischen Regierung und Bergarbeitern auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Die Stellung des deutschen Bergarbeiterverbandes zum englischen Streik.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Bochum wird gemeldet: Zu der Meinung, daß mit einem Sympathiestreik der deutschen Bergarbeiter für ihre im Lohnkampf stehenden Kameraden in England zu rechnen sei, erklärte der Vorsitzende des alten Bergarbeiterverbandes, Abgeordneter **Huemann**, auf einer Konferenz in Bochum: Wenn in der Presse von heute gesagt wird, daß die deutschen Bergarbeiter in einen Sympathiestreik eintreten würden, auf den viele linksradikale Kreise hindrängen, so kann ich demgegenüber mitteilen, daß unsere britischen Kameraden im Augenblick gar nicht wünschen, daß wir sie durch den Sympathiestreik unterstützen. Die Verfassung der internationalen Gewerkschaftsorganisationen verlangt, daß wir solange Gewehr bei Fuß stehen, bis die im Kampfe lebende Organisation an die Internationale das Ersuchen richtet, daß wir aktiv mit eingreifen. An diesem alten Brauch werden wir auch jetzt festhalten. Wir werden allerdings darüber wachen, daß die deutsche Kohle, die wir jetzt zwangsweise an die Entente zu liefern haben, nicht auf dem Umweg von Frankreich nach England kommt. Sobald das festgestellt wird, abt es Mittel und Wege, dieses zu verhindern. Ob wir dann in Aktion treten, ist noch eine Frage, denn dann kommt in erster Linie der Appell an die Transportarbeiter und Eisenbahnangestellten. Wir können die Kohle dringend für die in Not befindlichen einen Volksgenossen gebrauchen. Zwar wollen wir uns den Verpflichtungen der Entente gegenüber nicht entziehen, aber ich möchte in diesem Augenblick betonen, daß die deutschen Arbeiter auf keinen Fall zu Streikbrechern und zu Verrätern an der englischen Arbeiterschaft werden. Das wollen wir in aller Deutlichkeit aussprechen, damit diejenigen, die es angeht, es hören. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Sieg der britischen Bergarbeiter auch unser Sieg und ihre Niederlage auch unsre Niederlage ist.

Vorbereitungen zu einer internationalen Hilfsaktion der Transportarbeiter.

Amsterdam, 23. Oktober. Allgemeines Handelsblad meldet, daß die Leitung des Internationalen Transportarbeiterverbandes in ihrer diese Woche in Amsterdam abgehaltenen Versammlung beschlossen hat, unter Mitwirkung der Transportarbeiterorganisationen von England, Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland, die für eine eventuelle internationale Unterstützung der streikenden britischen Bergarbeiter notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Newport, 24. Oktober. Die amerikanische Gewerkschaftsunion schlägt zur Unterstützung der Forderungen der englischen Kohlenarbeiter vor, die Ausfuhr amerikanischer Kohlen zu verhindern. Die Gewerkschaft der Lader hat ihre Mitglieder aufgefordert, das Verladen von Ausfuhrkohle zu verhindern.

Ein Ultimatum der französischen Bergarbeiter.

Paris, 24. Oktober. Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter hat dem Arbeitsminister und dem Minister für öffentliche Arbeiten seine Forderungen unterbreitet. Er verlangt einen Tageslohn, der fünfmal höher ist als der vor dem Kriege und ferner Zulagen für die Arbeiter unter Tage. Der Nationalrat verlangt eine Antwort bis zum 30. Oktober, um gegebenenfalls die Verhandlungen über die neue Gehaltskala mit den Erubenbesitzern am 2. November beginnen zu können. Am 14. November müßten die Verhandlungen zu Ende geführt sein. Die neue Lohnskala soll am 1. November in Kraft treten.

Besetzung französischer Säulenwerke durch Arbeiter

Genf, 25. Oktober. Das Echo de Paris verbreitet die Nachricht, daß in den Höfenwerken von Yvoir (Niederbrabant) die Arbeiter wegen Entlassung einer Anzahl Kameraden die Höfen besetzten und eine Art Sowjet (?) einrichteten.

Die Autonomie für Oberschlesien.

Berlin, 23. Oktober. (Amtlich.) Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten setzte am Sonnabend die Beratungen von Donnerstag über die Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie für Oberschlesien fort. Es waren u. a. anwesend: Der Reichskanzler, sowie die Reichsminister des Äußern und des Innern, ferner die ober-schlesischen Abgeordneten des Reichstages und der Preussischen Landesversammlung. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes:

Die Reichsregierung wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Entscheidung für Deutschland die volle staatsrechtliche Autonomie einfließt, wenn die ober-schlesische Bevölkerung sich für diese Autonomie erklärt.

Die Annahme des Gesetzes im Reichstag ist nach den Verhandlungen des Ausschusses und den dort von den Vertretern sämtlicher Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Tanks in Oberschlesien.

Beuthen, 23. Oktober. Die Bewaffnung der Schutztruppen zeigt heute ein anderes Bild, insofern als heute Tanks in größerer Zahl in Oberschlesien auftraten. So rücken heute vormittag in Beuthen 18 Tanks ein, auch in anderen ober-schlesischen Städten sind heute Tanks in Erscheinung getreten.

Eine Professurkündigung der Berliner Alt- und Neukommunisten.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Neukommunisten im Verein mit der KPD, veranstalteten am gestrigen Sonntag in der Neuen Welt und in den Pharus-Sälen Kundgebungen, in denen etwas stark verpöht gegen die Ausweisung Sinowjews und Losowskys protestiert werden sollte. Beide Versammlungen waren nach übereinstimmenden Mitteilungen der Berichterstatter sehr schwach besucht. Sämtliche Redner kündigten dem Bürgertum, einschließlich der SPD, und der USPD, den Kampf bis aufs Messer an. **Däumig**, der in der Neuen Welt sprach, erklärte, die Haltung der Regierung gegenüber Sinowjew und Losowsky, die wahrscheinlich durch die Ententevertreter beeinflusst sei, zeige, daß es kein Verhandeln mit den herrschenden Klassen geben könne. Der Kampf müsse aufgenommen werden. Man werde unterstützt durch die kommunistische Internationale, an allen Orten den Kampf zugleich aufnehmen. Die bürgerliche Welt läßt sich mit Vernunftgründen nicht von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution überzeugen. Deshalb gebe es nur einen Kampf auf Leben oder Tod. Alle Gewerkschaften müßten mit kommunistischen Keimzellen durchsetzt und aus revolutionären Elementen eine Elite-Kampftroppe geschaffen werden. **Waltzer** sprach für schnelle Errichtung eines Sowjet-Deutschland, damit man den Russen helfen könnte. **Richard Miller** meinte, die Stunde des Entscheidungskampfes sei nahe. Das Proletariat solle sich endlich von der verfluchten bürgerlichen Ideologie freimachen. Nach Schluß der Versammlung kam es auf der Straße zu sehr erregten Zusammenstößen mit Gruppen der KPD, die darüber empört waren, daß man eine Disziplin verweigert hätte. Ein Agitator der KPD erklärte, er ließe sich nicht von den Däumlingen einwickeln. Nach erregten Debatten lösten sich die streitenden Gruppen auf.

Reaktionäre Gewaltakte in Rumänien.

Bukarest, 24. Oktober. (Havas.) Auf die Drohung der Sozialisten mit dem Gesamtaustritt in Form eines Ultimatum hat die Regierung erklärt, eine Besserung der Lage der Arbeiter sei nur schrittweise mit der Besserung der allgemeinen Lage möglich. Als Antwort auf den Eisenbahnerstreik hat die Regierung die Mobilisierung aller militärischpflichtigen Eisenbahner angeordnet. Den Belagerungszustand verhängt, die Pressensur wieder eingeführt, die sozialistischen Abgeordneten und Anhänger **Moskous Dragou** und **Danase**, sowie die hauptsächlichsten Führer der Gewerkschaften verhaftet und die Geschäftsstelle des Gewerkschaftsausschusses geschlossen. In der Provinz herrscht Ruhe; der Zugverkehr wird durch technische Truppen aufrecht erhalten.

Der Kampf der Schloßbarone.

B. A. Der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues wird von den Organisationen und der gesamten Presse des privatkapitalistischen Unternehmertums mit den verschiedenartigsten Waffen geführt, und es ist lehrreich, wieder einmal zu beobachten, mit welcher Energie und Folgerichtigkeit überall in dem gleichen Sinne gearbeitet wird. Ein kleines, überaus geschickt zusammengestelltes und auf die wirtschaftspolitische Urteilslosigkeit weitester Kreise spekulierendes Büchlein zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues wird zurzeit vom Bergbauverein in Essen verandt. Es ist wichtig, auf einzelne der darin angeführten Argumente etwas näher einzugehen, weil die meisten in den anderen diesbezüglichen Veröffentlichungen wiederkehren.

Aus der Zeit der Sozialisierungsdebatten nach der Novemberrevolution ist der Hinweis auf die verhältnismäßige geringfügigkeit der Gewinnsummen im Vergleich zur Höhe der Lohnbeiträge bekannt. Es wurde gern an Hand scheinbar unantastbarer Zahlen klargestellt, daß eine vollständige Verteilung des Unternehmergewinnes an die im Betriebe beschäftigten Arbeiter selbst bei den am besten rentierenden Werken kaum ein oder zwei Prozent Lohnhöhung bedeuten würde und daß es sich bei einer derart geringfügigen Verbesserung der Lebenshaltung — wie sie sich daraus ergeben könnte — nicht lohnen würde, gewagte Experimente zu unternehmen, die wahrscheinlich mit dem vollständigen Zusammenbruch der Volkswirtschaft enden, d. h. zum Schluß statt einer Besserung eine schwerwiegende Verschlechterung der proletarischen Existenzbedingungen herbeiführen müßten!!!

Auch im Propagandahefte des Bergbauvereins wird eine Tabelle an die andere gereicht, um den Beweis anzutreten, daß im Kohlenbergbau niemals beträchtlich höhere Profite als in anderen gut rentierenden Industrien erzielt worden seien und daß außerdem, wenn man die ausbeutelosen Zeiträume der Erschließung, den Gefahrenquotient und den Börsenkurs der Aktien herüßsichtige, keinesfalls mehr als die übliche Verzinsung herausgeholt worden sei. Ich glaube kaum, daß es einem marxistisch-geschulten Sozialisten einfallen wird, zu bezweifeln, daß sich auch im Kohlenbergbau in der Vorkriegszeit die Angleichung der Profitrate an die Höhe der allgemeinen Profitrate im großen und ganzen vollziehen mußte; denn dieses der kapitalistischen Wirtschaft immanente Gesetz tritt natürlich überall in Wirksamkeit. Die besonderen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit, die zum Teil eine Reihe gewaltsamer Eingriffe in die Funktionen der kapitalistischen Wirtschaft aufwies, haben allerdings auch in dieser Hinsicht irreguläre Zustände geschaffen, die gerade der Urezeugung und den lebenswichtigen Industrien in hohem Maße zugute gekommen sind. Daß bei den jetzigen Kohlenpreisen und den im Bergbau gezahlten Löhnen eine scharfe Aufwärtsbewegung des Gewinnanteiles eingetreten ist, kann nach den verschiedensten Feststellungen nicht mehr bezweifelt werden. Ich verweise u. a. nur auf die noch immer bestrittenen, aber nie widerlegten Berechnungen des Mitgliedes der Sozialisierungskommission, Dr. Kucznik.

Bei der Erörterung über die Sozialisierung der Volkswirtschaft spielt aber die Frage der bisherigen Betriebsüberlässe eine ganz untergeordnete Rolle, und die daran ankündenden Darlegungen haben deshalb für einen Sozialisten keinerlei Beweiskraft. Es ist ganz nebenbei, ob im Kohlenbergbau höhere oder niedrigere Renten erzielt wurden, als in anderen Zweigen der privatkapitalistischen Gesellschaft. Es handelt sich nicht darum, dem Staat eine ergiebige Einnahmequelle zu sichern, sondern die Kohlenproduktion unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten und entsprechend den Erfordernissen der gesamten Volkswirtschaft aufzubauen und zu leiten. Es ist ohne weiteres klar, daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaues im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung noch keine tatsächliche sozialistische Umgestaltung sein kann, weil auch dieser vergesellschaftete Wirtschaftszweig im Zusammenhange mit der noch nicht sozialisierten Volkswirtschaft bleiben muß, d. h. ihren inneren Gesetzen ebenfalls zum Teil unterworfen ist. Die Verschlebung der Machtverhältnisse, die sich jedoch durch eine derartige einschneidende Maßnahme herbeiführen läßt, bedeutet eine Steigerung der proletarischen Aktionskraft und damit einen Schritt vorwärts auf dem Wege zu dem von uns erstrebten Ziel der sozialistischen Bedarfswirtschaft, die sobald über den Rahmen der kapitalistischen Produktion hinausgehend eine bessere Versorgung der Völker gewährleisten wird...

Der Bergbauverein operiert ferner mit dem beliebten Schlagwort von der fortschreitenden Bureaukratisierung und ihren Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung. Da der Vorschlag Leberer ihm leider etwas den Wind aus den Segeln nimmt, indem er ausdrücklich jede Fiskalisierung und Verstaatlichung ablehnt und an ihre Stelle eine neue Form der Selbstverwaltung setzt, die ihren technischen und kaufmännischen Beauftragten weitgehende Freiheit des Entschlusses und die Initiative einräumt, wird entgegen den tatsächlichen Voraussetzungen, die der Sozialisierungsvorschlag schafft, von einem in „riesenhafter

Größe" auftauchenden Bürokratismus gesprochen, weil man weiß, daß große Teile des Volkes durch diese geschickte Spekulation auf den durch die Kriegswirtschaft ausgelösten Widerwillen gegen wirtschaftliche Schematisierung eingelenkt werden können. Demgegenüber muß immer wieder betont werden, daß die Privatwirtschaft mit ihrer Zersplitterung in zahllose Einzelbetriebe und dem Kampf der Unternehmer gegeneinander, trotz der schärfsten Ausnutzung des Produktionsfaktors „Mensch“ viel unrationeller arbeiten muß, als eine organisierte sozialistische Wirtschaft. Wer das Gefüge der heutigen Wirtschaft mit offenen Augen betrachtet, sieht ohne weiteres, daß diese Anzahl von Einzelunternehmen eine volkswirtschaftliche Belastung darstellt, die durch organische Zusammenfassung und sinnvolle Gliederung der Wirtschaft überwunden werden muß.

Anfang und Ende des Buches aber enthalten am deutlichsten des Pudels Kern, wenn sie von der notwendigen Erhaltung des Unternehmertums, von der Wichtigkeit der initiativen Leitung durch das Unternehmertum sprechen, welche den deutschen Kohlenbergbau auf seine Höhe gebracht hat. Die Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Wirtschaft ist das Ziel, dem alle diese Auseinandersetzungen dienen und um das mit der Fähigkeit und der Entschlossenheit der Bourgeoisie gekämpft werden wird, die das Proletariat in den blutigen Schächten zwischen den beiden Klassen genügend kennen lernen konnte.

Daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine Forderung des gesamten arbeitenden Volkes ist und daß weite Kreise, die nicht auf dem Boden sozialistischer Weltanschauung stehen, dieser Forderung zustimmen, ist für die Bourgeoisie genau so nebenächlich, wie die Entschlossenheit der Bergarbeiter, für dieses erste Ziel mit Einsatz aller Kräfte einzutreten. Unter diesen Umständen kann es auch nicht überraschen, daß die Frage der Beeinflussung des Produktionswillens der unmittelbaren Produzenten: der Bergarbeiter, die durch die Sozialisierung der Kohle erreicht werden muß, und nur durch diese Bergesellschaftung herbeigeführt werden kann, mit wenigen Sätzen abgetan, dagegen die Wichtigkeit der Arbeitsfreunde des Unternehmers beständig betont wird.

Leider können die Schlotbarone bei ihrer Darstellung Aufzählungen von Severin, Lench, August Müller, Bernstein u. a. anführen, die aus der bekannten rechtssozialistischen Scheu vor „wirtschaftlichen Experimenten“ geboren sind und deutlich zeigen, wie wenig ernst es diesen „Sozialisten“ mit der energischen Durchführung ihrer sozialistischen Grundforderungen ist. Darüber hinaus aber wird vom Unternehmerverein die Zusammenfassung der Sozialisierungskommission bemängelt, weil sich in ihr nur vier Mitglieder befinden, „die den Kreisen entstammen, welche bisher die Führung des deutschen Wirtschaftslebens gehabt haben“. O sancta simplicitas! Auch diese vier sind noch zu viel, denn wer wird von den Vertretern des Unternehmertums erwarten, daß sie sozialistische Umwälzungen bejahen und an ihnen helfen? Darüber muß man sich doch endlich klar sein, daß die Sozialisierung nur gegen diese Kreise des Volkes durchgeführt werden kann, und daß es ein etwas zu großes Opfer des Intellekts sein würde, von diesen Exponenten einer zugrunde gehenden Wirtschaftsordnung zu verlangen, daß sie mitwirken, ihr Grab zu schaufeln.

Nur im entschlossenen Kampf, der die Kraft des gesamten Proletariats in Anspruch nehmen wird, können wir dieses nächste Ziel: die Sozialisierung des Kohlenbergbaues durchsetzen. Nachdem Willard auf dem Parteitag der Rechtssozialisten in Kassel mit seiner pseudo-kapitalistischen Planwirtschaft, allein auf weiter Pfad geblickt ist und auch die rechtssozialistische Partei sich zur Sozialisierung des Bergbaus erneut verpflichtet hat, muß für diesen Kampf die Zusammenfassung der proletarischen Massen in Parteien und Gewerkschaften mit allen Mitteln erstrebt und eine geschlossene Front des werktätigen Volkes gegen die festgefägte Macht der deutschen Bourgeoisie hergestellt werden. Dieser Kampf kann uns über das vorläufige Ziel hinausführen und der Auftakt zu dem großen Ringen um die politische Macht werden, die die Vorbedingung jeder tatsächlichen Neuordnung ist. Für uns ist die Sozialisierung nicht — wie unsere Gegner meinen — „ein Sprung ins Dunkle“, sondern für die um Erlösung kämpfende Klasse des Volkes, „der Weg ins Freie!“

Dragesch-Wölfe in Schafskleidern.

In Lindholm in Schleswig tagte am Sonntag eine Versammlung des Landwirte- und Schafzüchters Vereins Rißum-Lindholm. Die Zusammenkunft war für weitere Kreise von großem Interesse, weil sich die versammelten Bauern und Schafzüchter keineswegs mit Schafzucht und ähnlichen nützlichen Dingen beschäftigten. Sie war besonders interessant, weil darin ein preussischer Amtsrichter eine recht merkwürdige Rolle gespielt hat. Nach einem Bericht des Vorwärts hat der Amtsrichter Dr. Ohlsen-Mißbill eine große Werberede für die Dragesch gehalten. In seinem Referat propagierte der Hüter des Gesetzes u. a. den Vlieserwerb der Landwirte, der zwar eine zweischneidige Waffe sei, aber als äußerstes Mittel doch nicht vermieden werden dürfe. Ueber die Bewaffnung jagte der Herr Amtsrichter, daß man „noch“ keine Waffen sammeln wolle, sondern hoffe, daß diese Regierung sie zur Verfügung stelle! Weiter erklärte der Herr Amtsrichter, daß Mitglieder aller Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, aufgenommen würden; letztere hätte man nicht aufgenommen, weil sie in ihren Zielen doch auf demselben Standpunkt ständen wie die Volkswirtschaft! Weiter erklärte er, daß er für den Kreis die Organisation übernommen habe. Aber offenbar hatte er selbst kein gutes Gewissen, denn er erklärte, daß man noch nicht in die Öffentlichkeit treten wolle, und auch möchte in den Zeitungen über diese Versammlung nichts erscheinen. Er empfahl, möglichst korporativ der Dragesch beizutreten und für die verschiedenen Vereine Versammlungen einzuberufen, aber bei den Einladungen zu den Versammlungen das Wort Dragesch nicht zu nennen.

Durch diese Geheimtätigkeit stutzig gemacht, fragten Teilnehmer der Versammlung, wie es denn mit dem Verbot der Dragesch stehe. Darauf erklärte der Geschwätzer, daß man sich um dieses Verbot nicht bekümmern solle, es sei nicht gültig! Da den Landwirten diese Antwort nicht zu genügen schien, so suchte sich der Herr Amtsrichter doch damit herauszuwinden, daß ein neuer Erlass der Regierung die nachgeordneten Stellen angewiesen habe, wenigstens nicht scharf gegen die Dragesch vorzugehen. Darum brauche sich niemand zu scheuen, der Dragesch beizutreten, da die Regierung gegen deren Mitglieder doch nicht vorgehe. Herr Dr. Ohlsen ist also ein Amtsrichter, der in öffentlicher Versammlung als bester Gesetzwächter die Bevölkerung zu Ungehorsamkeiten auffordert!

Am Schluß sollte Herr Amtsrichter Ohlsen noch selber sein schlechtes Gewissen offenbaren. Er stieß nämlich auf den Redakteur einer inoffiziellen Zeitung, den er in erregtem Tone fragte wie er dazu käme, an der Versammlung teilzunehmen. Als der Gefragte sich darauf berief, daß die Versammlung als öffentlich bezeichnet worden sei, ersuchte der Herr Amtsrichter, nichts darüber in die Presse zu bringen und versetzte sich zu Drohungen, „er

würde den Betreffenden in der Öffentlichkeit brandmarken und charakterisieren“, wenn etwas in die Zeitung käme. Also ein preussischer Amtsrichter als Kollaborateur im Sinne des Strafgesetzes! Ferner verlangte der Amtsrichter, der Redakteur solle seine Aufzeichnungen ausliefern. Dies Verlangen wurde von dem Anwalt des Amtsrichters mit der Androhung von Täuschlichkeiten unterstützt. Erst als der Redakteur den Amtsrichter auf seine richterliche Stellung und die Konsequenzen aufmerksam machte, erklärte dieser den Anwesenden, daß man mit Gewalt die Aufzeichnungen nicht nehmen dürfe, auch wolle der Betreffende ja doch alles.

Der Bericht gewährt einen interessanten Einblick in das Treiben hinter den Kulissen. Wenn sich selbst Amtspersonen, die verpflichtet sind, die Befehle der Gesehe und Verordnungen zu überwachen, in dieser Weise über die Gesehe hinwegsetzen und zu deren Uebertretung auffordern, kann man sich leicht vorstellen, wie der Kampf gegen die Dragesch in Wirklichkeit aussieht. Die preussische Regierung wird sich umwachen müssen, was sie gegen den Geseheverächter im Richteramt zu unternehmen gedenkt. Sie wird aber auch nicht umhin können, offen zu erklären, was es mit dem angeblichen Regierungserlass, nicht scharf gegen die Dragesch vorzugehen, auf sich hat.

Wie Oberschlesien verändelt wird.

Seit mehr als zwölf Monaten kennt die Reichsregierung das Schicksal Oberschlesiens, in dem eine Volksabstimmung über seine Zugehörigkeit zu Polen oder zum Deutschen Reich zu entscheiden haben wird. In diesen zwölf Monaten hätte die preussische wie die Reichsregierung Zeit genug gehabt, die für Oberschlesien wichtigste Frage — nämlich die Frage der Autonomie — endlich zur Entscheidung zu bringen. Alles Drängen der Presse und der ober-schlesischen Bevölkerung auf Entscheidung hat vor allem die preussische Regierung in ihrer Beschauflichkeit und beherrschenden Ruhe nicht hören können. Kategorisch erklärte man zuerst, daß Oberschlesien keinerlei Autonomie erhalten werde, weder in der einen noch in der andern Form. Als man erkannte, daß das absehnende Verhalten eine sehr unangenehme Stimmung in Oberschlesien hervorgerufen hätte, begann man sich schließlich darauf, den Oberschlesien die provinzielle Autonomie zuzugestehen. Man fragte nicht etwa, welche Form der Verwaltung die wirtschaftlichen Interessen des Landes erforderten, sondern in der üblichen Manier des Kaufhandels verhandelte man, die Oberschlesier durch Tauschverpflichtungen zu gewinnen. Immer wieder betonte die Presse, selbst ein großer Teil der bürgerlichen, daß man in Oberschlesien mit der provinziellen Autonomie nichts anfangen könne, daß nicht nur die physischen Momente der Lage gegen den preussischen Bürokratismus und den preussischen Geist aufstrebenden Bevölkerung, sondern auch die wirtschaftlichen Lebensinteressen des Landes die staatliche Autonomie im Rahmen der deutschen Republik forderten. Die preussische Regierung schwieg abtönend, bis sie dann eines Tages den großen Unfall erlebte und aus Anlaß vor einem öffentlichen Bericht Oberschlesiens plötzlich erklärte, selbstverständlich werde auch die preussische Regierung die Verfassung achten und Oberschlesien die staatliche Autonomie gewähren, wenn es sie verlangen sollte. Denique Tunc scilicet tat der preussischen Regierung diese klare Entscheidung offenbar schon wieder leid und heute hängt nun das Schicksal Oberschlesiens, wenn es überhaupt noch zu unsern Guntzen beeinflusst werden kann, von dem Ausgang des Streites der preussischen mit der Reichsregierung über die ober-schlesische Autonomie ab. Da die Verfassung fast unserer gesamten Industrie mit Kohlen von der Autonomie Oberschlesiens zum Reiche abhängt, so hat auch die deutsche Arbeiterschaft ein großes Interesse an der Erhaltung Oberschlesiens beim Reiche. In diesem letzten letzten Augenblick nun versuchen die Reichsregierung und die preussische Regierung ihren Streit hinter verschlossenen Türen auszutragen. Die gesamte Öffentlichkeit soll ja tun, als wolle sie von einer Autonomiefrage Oberschlesiens überhaupt nichts, damit die Herren in der Regierung ihre Entschlüsse in aller Ruhe fassen können, um sie dann endlich, nachdem die Entscheidung in Oberschlesien längst gefallen ist, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Die Kolonien ist natürlich nur, daß ein heilloser Witzwort in der bürgerlichen Presse über die ober-schlesische Autonomiefrage einreißt und deshalb das „Stimmungsverhalten in Oberschlesien auf unsern Vorteil“ beeinflusst. Dabei liegen die Dinge so einfach wie nur möglich: Gelingt es überhaupt noch, Oberschlesien dem Reiche zu erhalten, was dann der vorerwähnten Regierungspolitik im Hinblick auf die Arbeiterschaft geworden ist, so verlangen selbstverständlich die gesamten Zentrum- und politischen Kreise Oberschlesiens mit überwiegendem Majorität staatliche Autonomie und die Frage muß notwendigsmäßig nach ihrem Wunsch entschieden werden. Die Herren Minister, die sich Regierung nennen, werden solange in geheimnisvollen Sitzungen beraten, bis die Frage der ober-schlesischen Autonomie eine polnische Staatsangelegenheit sein wird.

Abkommen zwischen Polen und Danzig.

Polen hat das Statut abgelehnt, worin Danzig Zollautonomie zugesprochen wird. Nach der Konvention zwischen Polen und Danzig, die von der Völkervereinigung entworfen wurde, und deren Text am 19. Oktober endgültig festgelegt worden ist, soll die polnische Regierung, die einen diplomatischen Vertreter in Danzig hat, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Stadt Danzig, sowie den Schutz der Danziger Staatsangehörigen in fremden Ländern haben.

Der Freien Stadt Danzig wird das Recht erteilt, dem Personal der polnischen Konsulate im Auslande an den Stellen, wo wichtige wirtschaftliche Interessen der Freien Stadt Danzig in Frage kommen, Sachverständige beizusetzen. Das Exequatur der fremden Konsulate in Danzig wird von der polnischen Regierung, im Einvernehmen mit der Freien Stadt Danzig erteilt. Polen darf keinen internationalen Vertrag, der die Freie Stadt Danzig interessiert, schließen, ohne vorherige Beratung mit der Freien Stadt Danzig. Der vom Völkervereinigung einzuwendende Oberkommissar kann jedem internationalen Vertrag sein Veto entgegenstellen, soweit er die Freie Stadt Danzig betrifft, wenn der Völkervereinigung glaubt, daß er dem Statut der Freien Stadt widerspricht. Danzig darf nur nach vorheriger Beratung mit der polnischen Regierung ausländische Anleihen aufnehmen. Danzig erhält das Recht der Führung einer eigenen Handelsflagge für die Schiffe, deren Eigentum Danziger Staatsangehörigen zusteht. Den Danziger Schiffen ist jedoch dieselbe Behandlung zu gewähren wie den polnischen Schiffen. Die Freie Stadt Danzig wird in das Gebiet der Zollgrenze Polens aufgenommen und bildet mit Polen ein einziges Zollgebiet, das der polnischen Zollverwaltung und dem polnischen Tarif unterworfen ist. Der Danziger Freihafen wird aufrechterhalten. Die Zollgrenze wird unter die Kontrolle eines besonderen Rates gestellt, der den Namen Danziger Ausschuss für den Hafen und die Wasserwege führt und zu gleichen Teilen aus Danziger und polnischen Kommissaren zusammengesetzt ist. Der Präsident dieses Ausschusses soll in Uebereinstimmung beider Parteien gewählt werden; es eine solche nicht zu erreichen, so wird der Oberkommissar des Völkervereinigung in Danzig einen Präsidenten schweizerischer Nationalität bestimmen.

Weitere Abkommen über Naturalkontrollen sowie Ausführung der Gerichtsbarkeit sollen folgen, die von den beiderseitigen Gerichten erfüllt sind. Danzig behält das Recht, sobald es die Umstände erlauben, sich in Verhandlungen einzusetzen, die die Vereinheitlichung des Münzsystems zum Ziele haben. Polen übernimmt die Verpflegung Danzigs mit Lebensmitteln und Brennmaterial. Streitigkeiten zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig, die die Beziehungen der beiden Parteien betreffen, unterliegen der Entscheidung des Oberkommissars, der

die Angelegenheiten an den Rat des Völkervereinigung verweisen wird, wenn er es für notwendig erachtet. Für die Konvention ist der französische und englische Text maßgebend, der in den französischen Archiven niedergelegt wird.

Die Danziger Delegation telegraphiert aus Paris: „Die Delegation hat sich nach reichlicher Ueberlegung unter Würdigung der gesamten Sachlage und Berücksichtigung der ihr durch besondere Delegierte rechtzeitig übermittelten Auffassung der Befassunggebenden Versammlung einstimmig entschlossen, die Konvention und die Urkunde über Begründung der Freien Stadt Danzig mit der in ihr enthaltenen Erklärung wegen Uebernahme der Kosten für Verwaltung und Befassung am Sonnabend zu unterschreiben.“

Die Delegation hat der Völkervereinigung gegenüber als Voraussetzung für die Unterschrift zum Ausdruck gebracht, daß der vom Völkervereinigung eingesetzte Oberkommissar der Freien Stadt den zugesicherten Schutz gewähren und bei Durchführung der Konvention sowie bei Regelung der noch offenstehenden Fragen die Lebensinteressen der Freien Stadt und ihrer Bewohner in gewohnter Weise berücksichtigen werde.

Von der kapitalistischen Presse-Korruption.

Die Pressekorruption nimmt allmählich einen Umfang an, der selbst den sprudellosesten bürgerlichen Zeitungsmachern zuviel werden dürfte. Das Kapitel Sinnes ist in letzter Zeit in der sozialistischen Presse so eingehend erörtert worden, daß ihm kaum noch etwas hinzugefügt werden kann als die Tatsache, daß, wenn Herr Sinnes den Erwerb verschiedener Zeitungen demontiert, er das wahrscheinlich im guten Glauben tut, da er die Erwerbungen, die seine unzähligen Tochtergesellschaften vornehmen, selbstverständlich nicht mehr übersehen kann.

Aber das Kapitel des großen Verlagshauses Ullstein fordert die Kritik in geradezu aufreizender Weise heraus. Dieser rührige Verlag hat nicht nur vier Tageszeitungen, die je nach den Interessen der Interessenten die verschiedensten politischen Richtungen vertreten, er hat sich nunmehr auch neben seinen illustrierten Blättern unter dem schönen Titel „Ullstein-Film“ auch eine Filmfabrik angegliedert, in der er die Romane, die in seinen Zeitschriften veröffentlicht werden, zugleich verfilmt dem Publikum vorsetzt. Es ist gewiß eine seltsame Erscheinung, daß in den Blättern eines Verlages die verschiedensten politischen Meinungen vertreten werden können. Die Ullstein-Zeitung treibt die deutsch-französische Verständigung, die U. Z. am Mittag treibt die tollste Franzosenhete, die man sich denken kann. Die Morgenpost beschimpft Herrn Hermes, die Ullstein-Zeitung verleiht ihm. Nur in einem sind sie alle einig: in ihrer antisozialistischen Tendenz. Da nun aber der Ullstein-Verlag ein ganz brauchbares Geschäft zu werden, so hat der Verlag Ullstein auch dieser Neuerfindung Rechnung getragen. Er hat nämlich gemeinsam mit der amerikanischen Nachrichten-Gesellschaft „United Press“ ein neues deutsches Nachrichtenbureau unter dem Titel „United Telegram“ geschaffen. Weltweit dadurch amerikanisches Kapital Einfluß auf die deutsche Presse gewinnt, darüber wird der Ullstein-Verlag sich ja wohl eines Tages noch zu verantworten haben. Heute kann nur die Tatsache festgestellt werden, daß die „United Press“ nach Aussagen des Direktors der russischen Sowjetrepublik in Berlin, Wladimir Kono, das Monopol für die Nachrichtenagentur hat. Da dies bisher kein Geheimnis ist, so muß festgehalten werden, daß der antisozialistische Ullstein-Verlag sich dazu bemüht, oder in Paris dort wird herbeigeführt, in welcher Weise in seinen United-Telegramm Nachrichten holländische Propaganda zu treiben. Zu welcher Konsequenz kann das Geschäft wahrlich nicht mehr getrieben werden.

Ein französischer Protest gegen die Zerstörung der Dieselmotoren.

Nach einer Meldung aus Paris veröffentlicht Léon Picard im Echo de Paris einen Artikel, in dem er feststellt, daß Deutschland eine der traglichsten Folgen durchmache, die jemals ein Land gekannt habe. Die ephemere wirtschaftliche Prosperität, von der es nach dem Waffenstillstand Nutzen gezogen habe, habe ihm einen Augenblick jene schreckliche Lage verschleiert. Vor einigen Monaten sei plötzlich eine industrielle Krise eingetreten, die alle klarschauenden Menschen vorausgesagt hätten. Jetzt könne Deutschland sich und den andern nicht mehr den Ernst seiner Lage verbergen. Die Aufträge seien annulliert worden, die Produktion stillgelegt und die Arbeitslosigkeit werde zu einer öffentlichen Katastrophe. Nur die Kohlenindustrie könne noch ein wenig prosperieren, die andre Industrie aber stelle seit Monaten ein Scheinbild dar. Der neue Sturz der Welt habe nicht die erwünschte Erhöhung des Exports gebracht. Deutschland könne nicht mehr kaufen und das Ausland wolle nicht mehr bei ihm kaufen.

Die Summe aller in einem Zusatz zu dem Artikel, den sie wiederholt, Einspruch gegen die geplante Zerstörung der Dieselmotoren und schreibt: Ohne Zweifel, um eine derartig brillante Lage zu verbessern, hat sich die französische Regierung, die gläubigerin Deutschlands, entschlossen, die Zerstörung der wunderbaren Dieselmotoren anzuordnen. Sie sagt, man wisse, daß diese Motoren 1000 P. S. übersteuerten Kräfte und in weitgehendstem Maße für die Industrie verwendbar seien. Sie will demnach auf das, was sie ein dummes Verbrechen der Geschäftsdiplomaten des Quai d'Orsay nennt, zurückkommen. Humanität fähig dann fort, die Auftragsgeber Picards befähigten auch die Kommentare des Blattes zu den unausführlichen Protesten des Finanzministers, besonders aber seinen Plan für 1921, daß Deutschland mehr als ein Drittel, etwa 16 Milliarden, des Budgets bezahlen müsse.

Die Bergarbeiterkonferenz zur Vernichtung der Dieselmotoren.

Wohum, den 25. Oktober. In der Konferenz des alten Bergarbeiterverbandes kam der Abgeordnete Süßmann auch auf die Angelegenheit der Dieselmotoren zu sprechen und betonte die Verlangen der Arbeiter auf Unbrauchbarmachung der Motoren als eine schwere Gefahr für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Die Bergarbeiter sollten der Sache nicht teilnahmslos gegenüberstehen, da die Fortführung des Bergbaues sehr wesentlich davon abhängt. Unter Zustimmung der Versammlung erklärte Süßmann, an die internationale Arbeiterschaft solle das dringende Ersuchen gerichtet werden, sich in dieser Frage auf die Seite der deutschen Arbeiter zu stellen, denn die Forderung der Völkervereinigung bedeute einen Schlag gegen die deutsche Arbeiterschaft, die durch die Ausbeutung der Dieselmotoren in noch größerem Maße als bisher der Arbeitslosigkeit überliefert werden würde.

Keine Aktionen der Kommunisten.

Um die starke U.S.-Partei zu zerschlagen, haben die „Kommunisten“ und ihre Nachbeter immer behauptet, Aktionen großen Stiles seien notwendig und nicht die Aufklärungsarbeit, wie sie die U.S.P. betreibt, die Massen seien für den Sozialismus schon reif. Jetzt, wo die Herrschaften nun zeigen sollen, was sie können, heißt ihnen auf einmal der Mut. Aus Berlin wird berichtet:

„In einer inoffiziellen Versammlung, die in Berlin stattfand, wurde von Heißspornen die sofortige Aktion gefordert mit der Begründung, daß Moskau unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe, jetzt die letzte Gelegenheit sei, in Deutschland die Diktatur des Proletariats gewaltsam aufzurichten. Die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer wollte sich indes auf ein so gefährliches Experiment nicht einlassen. Dem entspricht, daß jetzt Dr. Levi, der Führer der K.P.D., in Stuttgart auf der Württembergischen Landeskonferenz der Kommunisten erklärte, daß es in

Deutschland ungeachtet des fortschreitenden wirtschaftlichen Herfalls gegenwärtig keine politische Frage gebe, die die gesamte Masse des Proletariats zur sofortigen Aktion zwingen würde. Die Parole der politischen Arbeiterräte und die Frage der Unterdrückung Russlands hätten an Aktualität verloren. Die Aufgabe sei jetzt, die Massen der Neu-Kommunisten zu schulen; beide Parteien müssen sofort verschmolzen werden, was natürlich in Unterordnung unter Moskau geschehen solle.

Die Sozialisierung scheint für Dr. Lenz keine politische Frage zu sein, „die die gesamten Massen des Proletariats zur sofortigen Aktion zwingen würde.“ Interessant ist ja, daß er für die Neu-Kommunisten Bildungskurse empfiehlt, er scheint sie also noch für politisch unreif und unmundig anzusehen.

Reinfall der Neukommunisten in Eisenach.

Wie uns aus Eisenach berichtet wird, haben dort die Neukommunisten, die mit starker Stenergebärde auf die herztiederblütigen, die an der bisherigen Politik der U. S. P. festhalten wollen, Schiffbruch erlitten. Sie waren ihres Sieges in Eisenach so gewiß, daß sie nach Schluß einer am 28. Oktober stattgefundenen und von etwa 300 Mitgliedern besuchten Parteiverammlung aufforderten, im Lokale zu bleiben, um unter kommunistischer Flagge weiter zu kämpfen. Aber sie mußten erleben, daß nur etwa 20 Personen ihrer Aufforderung nachkamen, während die übrigen Versammlungsteilnehmer das Lokal verließen.

Cachin macht Vorbehalte.

Marcel Cachin hat auf seiner Durchreise durch Frankfurt a. Main ein Redaktionsmitteil abgeben und mit ihm über die Frage der Internationalen gesprochen. Wie das Volkrecht berichtet, soll Cachin von dem polkaonigen Bruch unserer Partei mit Moskau sehr nachdenklich gestimmt sein. Auch habe er zu verstehen gegeben, daß er nur mit Vorbehalten den Anschluß an die dritte Internationale bekräftigen könne. Ganz unzulässig sei der geforderte Ausschluß des Genossen Bonnet und die Umbenennung der französischen Partei. Außerdem würden die französischen Gewerkschaften auf Wahrung ihrer absoluten Selbständigkeit bestehen. Cachin hat die Absicht, sich mit Stinowicz über diese Punkte zu verhandeln. Nur unsere Neukommunisten in Eisenach sind an Händen und Füßen gebunden den Moskauern aus.

Abspaltung der Neukommunisten im 10. Kreis (Döbeln).

Am 24. Oktober fand in der Mudenterrasse in Döbeln eine Kreismitgliederversammlung für den 10. Kreis statt. Die Kreisleitung hatte diese Versammlung nicht in der Zeitung bekannt gemacht, auch sonst den Genossen des Kreises keine Mitteilung zugehen lassen, so daß die Versammlung fast nur von Mitgliedern aus Döbeln besucht war, die sich zu den 21 Bedingungen bekennen. Nur von einigen nahegelegenen Ortsgruppen waren einige Vertreter erschienen. Bei der Urwahl waren 210 gegen und 249 Stimmen für die Moskauer Bedingungen abgegeben worden. Der Genosse Kranke-Hartha gab den Bericht von Parteitag, nach ihm kam Genosse Liebmann-Leipzig als Korreferent zum Wort. Es lag ein Antrag vor, der sich für die Richtung Däumling-Hoffmann aussprach. Bevor über diesen Antrag abgestimmt wurde, verließen die Mitglieder der U.S.P. (Crispien-Debebour) das Versammlungslokal, so daß der Vorstand der Neukommunisten die einstimmige Annahme des Antrages feststellen konnte.

Die Mitglieder der U.S.P. (Crispien-Debebour) traten zu einer Beratung zusammen und wählten eine provisorische Kreisleitung für den 10. Kreis, als deren Vorsitzender der Genosse Richard Reimer, Hartha, Annenstraße 8, gewählt wurde. Die Genossen der Ortsgruppen des 10. Kreises, die sich zur U.S.P. (Crispien-Debebour) bekennen, werden dringend ersucht, die Adresse des Vorsitzenden der Ortsgruppe dem Genossen Richard Reimer sofort anzugeben. Gleichzeitig wird um Angabe über die Mitgliedszahl der Ortsgruppe und über den Kasienbestand ersucht.

Ueber die Kasienverhältnisse des 10. Kreises ist mit den Genossen der Richtung Däumling-Hoffmann folgende Vereinbarung getroffen worden. Der 10. Kreis hat noch 2000 Mk. Schulden zu bezahlen, die von Genossen als Darlehen an die Kreisleitung gegeben worden sind. Diese Schulden sollen anteilig je nach der Mitgliedsstärke von den Ortsgruppen bedeckt werden. Der Kasienbestand der Kreisleitung in Höhe von rund 650 Mk. ist zur Deduktion dieser Schulden herangezogen worden, so daß etwa noch 1350 Mk. auszubringen sind. Genosse Krügel wird dem Landesvorstand der U.S.P. (Sekretariat Lauthner Straße Leipzig) eine genaue Aufstellung über die Anteile der einzelnen Ortsgruppen des 10. Kreises zu stellen. Die Ortsgruppen werden dann vom Landesvorstand aufgefordert, den auf sie entfallenden Anteil der Schulden an Kasien Krügel abzugeben. Bis zu dieser Aufklärung des Landesvorstandes haben die Ortsgruppen und Kassierer des 10. Kreises der U.S.P. (Crispien-Debebour) kein Geld an die Neukommunisten (Däumling-Hoffmann) abzuliefern. Die Mitglieder der U.S.P. (Crispien-Debebour) dürfen auch keine Parteibeiträge an die Neukommunisten leisten.

Da die Vorbereitungen für die Landtagswahl umgehend getroffen werden müssen, ist es unbedingt notwendig, daß die Ortsgruppen ihre Adressen sofort dem Genossen Reimer melden. Die Ortsgruppen haben auch Versammlungen zur Landtagswahl vorzubereiten. Referenten für diese Versammlungen vermittelt das Parteisekretariat in Leipzig, Lauthner Str. 19/21. Das Parteisekretariat in Leipzig versendet auch Flugblätter und sonstige Wahlmaterial. Die Ortsgruppenvorsitzenden werden gebeten, beim Parteisekretariat ihre Adresse zu melden und anzugeben, wieviel sie Flugblätter für ihren Verbreitungsbezirk brauchen.

An die Parteigenossen des 10. Kreises ergeht die dringende Mahnung, auf dem Posten zu sein und gerade in der gegenwärtigen kritischen Situation sich selbst an der Parteiarbeit zu beteiligen damit die U.S.P. ihre Kämpfe reichlich bestreift.

Unser die Zukunft, trotz alledem!

Kreisverein Borna-Rochlitz (14. Okt.).

Der Kreisverein Borna-Rochlitz der U. S. P. (ehemaliger 14. Kreis) hielt am vergangenen Sonntag in Borna seine Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der Aufforderung des Vorsitzenden, die Berichtungsberichterstattung für die U. S. P., Richtung Crispian-Debebour zu unterschreiben, kamen alle Genossen nach, nur vier weigerten sich, dies zu tun, nämlich die Genossen Joachim, Dornblut, Müller und Bauer. Diese sind Anhänger und Funktionäre der sozialistischen Parteiorganisation. Alle übrigen Genossen geben in der sehr reichlichen Aussprache die Versicherung ab, nun erst recht und mit aller Energie am weiteren Ausbau unserer Organisation mitzuarbeiten. Große Kampfesbegeisterung lag überall durch, so daß kein Zweifel besteht, daß unsere Organisation aus den Wirren der letzten Zeit neu gestärkt und einzig und geschlossen hervorgeht wird.

An Stelle Dornbluts wurde als Kandidat für die Landtagswahl Genosse Bergarbeiter Ludwig, Jendly bei Borna aufgestellt. Genosse Strube-Pegau trat von seiner Kandidatur zurück, damit auch der Bürgerstadt-Wittweider Bezirk eine Vertretung im Landtag erhalten kann. Dafür wurde Genosse Müller-Wittweida als Kandidat aufgestellt. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Genossen an ausdauernder Stelle auf die Liste kommen.

Beschlossen wurde einstimmig, für den nunmehr 51 Ortsgruppen umfassenden Kreisverein ein Sekretariat zu errichten. Eine Kommission ist beauftragt, die Stelle eines Sekretärs auszuwählen. Als Sitz des Sekretariats und des Kreisvorstandes wurde Borna bestimmt.

Der Verlauf der Versammlung war muntergültig in jeder Hinsicht. Die Genossen waren von einer Einmütigkeit und Kampfesbegeisterung erfüllt, die das Beste für unsere Bewegung erwarten läßt.

Die Lage im Osten.

Weiterer polnischer Vormarsch in Ostpolen.

Kowno, 22. Oktober. Hier herrscht außerordentliche Begeisterung wegen weiteren Vormarsches der Polen, die jetzt schon nordwestlich Warschau weiter vorrücken. Man spricht von einer polnischen Wölfschicht auf Kowno zu marschieren. Die Folge davon ist allgemeine Lähmung des Handels und starke Deprimierung der Bevölkerung. Die Bahnverbindung Warschau-Kowno wird zu neuen Truppentransporten durch Polen benutzt.

Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Es ist festgestellt, daß die polnische Regierung die Truppen des Generals Zeligowski, die die litauische Hauptstadt besetzt halten, eifrig unterstützt. Am 20. Oktober rückten litauische Kavallerie zwei Jüge fest, die in der Richtung Warschau von Warschau über Lidka kamen. Sicheren Nachrichten zufolge zählen die Truppen Zeligowskis, die in Stärke von zwei Divisionen Warschau besetzt hatten, gegenwärtig sechs Divisionen. Ebenso kommen von Warschau Waffen- und Munitionstransporte. An der Frontlinie wurden vier Tanks und Panzerautos festgesetzt. Eine Passstraße für Flugzeuge wird eingerichtet. Die Konzentration polnischer Truppen in der litauischen Frontlinie läßt vermuten, daß die Polen Litauen wieder angreifen wollen.

Sowjet-Rußland und Armenien.

Konstantinopel, 24. Oktober. Nachrichten aus armenischer Quelle zufolge hat die Sowjetregierung der armenischen Regierung einen Waffenstillstand und den Rückzug der Truppen von der armenischen Grenze vorgeschlagen, unter der Bedingung, daß Armenien mit Sowjetrußland in enge Beziehungen tritt.

Von der Südfont.

Der Heeresbericht der Sowjetrepublik vom 21. Oktober meldet von der Südfont: Im Abschnitt der Eisenbahnstation Sinesnikowo führte der Feind unter Deckung von vier Panzern einen Angriff auf die Station Sinesnikowo aus. Der Angriff wurde zurückgeschlagen und der Feind zum Rückzuge gezwungen.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit in England.

Rotterdam, 24. Oktober. Nieuwe Rotterdamse Courant meldet aus London, daß 15 zur Arbeiterpartei gehörende Mitglieder in einem Schreiben an Lloyd George erklärt haben, die von der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit geplanten Maßnahmen seien unzureichend, und könnten die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht länger übernehmen, wenn die Regierung nicht großzügige Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit treffe.

Deutschland.

Die Kreisunterstützungskassen in Berlin.

Vom August 1914 bis zum Juli 1920 sind von den Berliner städtischen Steuerstellen und dem Militärtribunal 639 723 323 Mk. Kriegsunterstützungen bezahlt worden. Hier von sind geleistet aus Reichsmitteln 232 888 639 Mk., aus städtischen Mitteln 221 589 448 Mk. Der Gemeindevorstand hat auf Grund der Bundesratsverordnungen vom 2. November 1917 und vom 28. September 1918 betrug 80 522 143 Mk. Er wird zur Hälfte vom Reich erstattet. Als besondere Beihilfe sind 2 851 028 Mk. aus städtischen Mitteln und 1 339 415 Mk. aus Sammlungsmitteln in der Gesamtsumme enthalten. Ferner 8 288 315 Mk. Zuschuß für städtische Arbeiter, 91 607 114 Mk. Kriegsbeihilfe sowie 448 972 Mk. Kriegswohnbeihilfe und schließlich noch 98 801 Mk. Ausgleichsunterstützungen. Es wurden in der genannten Zeit 331 136 Anträge bewilligt.

Große Diebstähle bei der Eisenbahn.

Der Ueberwachungsstelle der Eisenbahndirektion Hannover gelang es, gemeinsam mit der hiesigen Kriminalpolizei eine große Diebstahlsaktion zu ermitteln, die wertvolle Eisenbahngüter in beträchtlichen Mengen durch falsche Befehlsbescheide und Frachtbriefe zu unterlagern veranlaßt. Sodann vom Güterbahnhof entnommen und veräußert. Bisher wurden für 300 000 Mark Ware wiedergefunden. Die Größe des Betrages aller gestohlenen Waren konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. 4 Güterbodenarbeiter und 17 Privatpersonen der verdächtigten Güter wurden wegen Diebstahls und Diebstahl in das Gefängnis eingeliefert.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Gegenüber einer Meldung der polnisch orientierten Oberschles. Grenzzeitung, die deutsche Regierung sehe alle Hebel in Bewegung, die Volksabstimmung in Oberschlesien bis in den nächsten Sommer zu verschieben, wird in der Deutschen Allgemeinen Zeitung erklärt, es gebe weder in Oberschlesien noch im übrigen Deutschland irgend eine Instanz, die nicht wünsche, daß die unerträgliche Unsicherheit in Oberschlesien nicht durch eine möglichst schnelle Entscheidung beendet werde.

Die est. russische Presse. Wie Berliner Blätter berichten, werden in der Reichsanleihe am Dienstag neue Verhandlungen zwischen den Reichs- und Staatsbehörden und den ostpreussischen Verfassungskommissionen über die wirtschaftliche und politische Sonderstellung Ostpreußens geführt werden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Vom Bürgerkrieg in Irland.

Nach einer Londoner Meldung des Allgemeinen Handelsblattes geht eine Patrouille des 8. Infanterieregiments in Cork in einen Hinterhalt, von 7 Soldaten wurden 6 getötet oder verwundet. Waffen, Munition und ein Auto fielen den Angreifern in die Hände. — Bei Anagog, 25 Kilometer von Cork entfernt, wurde eine militärische Abteilung, die mit zwei Lastautomobilen Munition beförderte und von einem Leutnant geführt wurde von 120 Bewaffneten angegriffen, die die Wagen vernichteten. Der Leutnant und zwei Soldaten wurden getötet und drei weitere verwundet. — Neuer meldet amtlich, daß 19 Polizisten gestern in Purwood (?) in einen Hinterhalt gerieten. Einer wurde getötet, einer leicht verwundet. — Der Bürgermeister von Cork berand sich gestern im Zustand der Berufsunfähigkeit. Man hat ihn weiter zwangsweise ernährt. Am Laufe des Tages hatte er verschiedene Tobsuchtsanfälle. Sein Tod wird bald erwartet.

Japanische Truppen in der Mandchurei.

Der Berliner Korrespondent der Times meldet, daß etwa 10000 Mann japanischer Truppen aus Miao-wokoh in die Mandchurei einrückten, um die japanischen Interessen im Bezirk Hantichun zu schützen. China hat Japan mitgeteilt, es sei imstande, die Ordnung ohne Hilfe aufrechtzuerhalten. — Das verdrängt aus Tokio folgende offizielle Meldung: Die japanischen Truppen haben die Genend von Chien Tao bei Hantichun nach Kämpfen mit Banden geläubert, die eine beträchtliche Zahl von Toten und Gefangenen zurücklassen mußten.

Entlastende schwebende Schuld. Chamberlain teilte auf eine Anfrage mit, daß die schwebende Schuld Englands 320 418 000 Pfund Sterling betragen habe.

Gewerkschaftsbewegung.

Ita und Internationals.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Ita) veröffentlicht nachstehende Erklärung: Die Delegiertenversammlung aller an die Ita angeschlossenen Verbände hat kürzlich in einer Rundgebung grundsätzlich zur Frage des internationalen Zusammenschlusses der gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Stellung genommen und sich

Über den Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund

bekannt. Da es bei uns Grundgesetz ist, in jeder Situation und ohne Rücksicht auf Populartät der Angehörigen des Itas jede notwendige Unterstützung zu geben, so wurde in einer Entscheidung die Kampfstellung der Ita gegen das Gewerkschaftszerrüttungs-Direktorat in Moskau mit aller Deutlichkeit festgelegt.

Einige in Demut vor Moskau fast erdorbene Phrasenrevolutionäre benutzen den Rest ihrer Lebenskraft, um in Versammlungen der Angestellten möglichst oft zu behaupten, die Ita hätte beschlossene, Kommunisten auszuschließen. Ein solcher Beschluß ist und konnte niemals gefaßt werden. Es wäre für eine geistliche Bewegung, wie sie in der Ita gegeben ist, unerträglich, politische oder sonstige Bestimmungen verbieten zu wollen. Wir sind aber auch keineswegs der Auffassung, daß die Bestandschauung des Kommunismus identisch wäre mit einer Erschlaffung innerer Zersetzungsarbeit in den Gewerkschaften, wie sie von den sogenannten „kommunistischen Recken“ geleistet werden soll. Der Ita-Beschluß besagt, daß für Mitglieder, die solche in den Moskauer Theorien vorgeschriebenen gewerkschaftsfeindlichen Handlungen begangen, innerhalb unserer Organisation kein Platz sein kann. Bei Auslegung der Entscheidung ist entscheidend, daß Handlungen des Mitgliedes gegen die Gewerkschaft vorliegen müssen, die von den in den Satzungen vorgesehenen Körperschaften untersucht werden.

Um die politische Gesinnung unserer Mitglieder werden wir uns nach wie vor nicht kümmern. Vielleicht versuchen die Berliner Unterthanen von Moskau ihre gestrigen Herren zur Anerkennung desselben Grundgesetzes zu bewegen. Sofern sie aber in den Versammlungen der Ita bei Auslegung unserer Beschlüsse schwindeln, muß ihnen auf die Finger geklopft werden, wenn sie nach dem Moskauer Katschismus in der Niedertrübnung der „frei gelassen“ Gewerkschaften das Drogen und jedes andere Mittel annehmlich erlaubt sind.

Gegen den Aktivistentag.

Nach einer Mitteilung der Deutschen Tageszeitung haben die mitteldeutschen Handwerkskammern dem Reichsarbeitsminister eine Denkschrift überreicht, worin sie die Aufhebung des Aktivistentages für die Handwerker verlangen, weil die Handwerkskassen nach Feierabend vielfach selbständige Arbeiten übernehmen.

Die Logik ist richtig, aber nicht verwunderlich. Als ob es nicht andere Mittel gäbe, die Nutzbarkeit zu verhindern. Der Grund der Forderung liegt aber tiefer. Die Handwerkskammern sind nur der Sturmbaum der Industriellen. Denn wenn einmal Bescheide gelegt ist in den Aktivistentag, dann ist er auch leicht ganz zu beseitigen. Und darauf kommt es an.

Forderungen der Dresdner Beamtenschaft.

Eine am Sonntag in Dresden abgehaltene hart besuchte Versammlung der Dresdner Beamten nahm eine Entscheidung an, in der einstimmig und entschieden Einspruch gegen die Versuche der Reichsregierung erhoben wird, bei den Verhandlungen über das Beamteneinkommen die Vertreter der Beamtenschaft auszuschließen. Es wird erwartet, daß die Verhandlungen über das Geleit unerschütterlich wieder aufgenommen und schließlich zu Ende geführt werden. Man fordert, daß das Geleit vom demokratischen freibewilligen Geleit getragen sein muß, vor allem anderen unbedingt Einkommensausgleich, ein volles Mitbestimmungsrecht sowie ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlverfahren bringt und der Beamtenschaft einen mitbestimmenden Einfluß nicht nur auf die ihre Interessen berührenden Angelegenheiten, sondern auch auf die Wirtschaftspolitik der Behörden im allgemeinen einräumt. Die Beamtenschaft — so heißt es weiter — wehrt sich in diesen Forderungen einmütig mit allen arbeitenden Volksgenossen, weil freibewillige Beamteneinkünfte die erste, politische und zuverlässige Grundlage bilden für die endgültige Demokratisierung der Verwaltungen, für die demokratische Umgestaltung der Beziehungen zwischen Volk und Behörden und des ganzen öffentlichen Lebens.

In einer zweiten Entscheidung wurde von der Regierung auf das bestimmte erwartet, daß sie nun endlich durch eine planmäßige, zielbewusste Wirtschaftspolitik den Abbau der unerträglich gewordenen Preise für Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände, besonders der übertrieben hohen Kartoffelpreise herbeiführt. Um Befriedigung dieser Forderung müßte die Beamtenschaft in Würdigung der Notwendigkeit einer Regelung der Reichsfinanzen verlangen, daß bei der ihr gelegentlich zugesicherten Nachprüfung der Befolgungsreform die von den Beamtengewerkschaften wiederholt heraufgehobenen Härten der Befolgungsordnung beseitigt werden.

Die Bergarbeiter zu dem Berliner Schiedspruch.

Böhm, 25. Oktober. (T.M.) Um die Willensmeinung der Bergarbeiter über den Schiedspruch zu dem Berliner Schiedspruch in der Lohn- und Lederarbeitenfrage zu hören, hatten die großen Bergarbeiterorganisationen zu gestern in Berlin eine Konferenz einberufen, an denen sämtliche Bezirksleiter und Vertrauensmänner des Ruhrreviers teilnahmen. In der Versammlung des alten Bergarbeiterverbandes in Böhm vertrat die Bergarbeiterangestellte Meier-Böhm über die Tarifverhandlungen und den Schiedspruch. Die Verhandlungsempfehlung des ersten Teil des Schiedspruches der sich auf die Lohnregelung beziehen, anzunehmen, den zweiten Teil (Verteilung der Ueberlichkeiten auf die einzelnen Wochentage) aber abzulehnen.

In der Konferenz des sächsischen Bergarbeiterverbandes in Gellenschanz, die von 800 Vertretern besucht war, wurde trotz kleinerer Bedenken der Schiedspruch in der Lohnfrage angenommen. Es wurden aber Verbesserungen auf knappschafflichem Gebiete gefordert.

Streik der Hamburger Schiffmaler. Der am Sonnabend morgen auf der Werft von Blohm & Voß ausgebrochene Streik der Miter hat im Laufe des Tages noch weiter um sich gegriffen. Auf den Reibsteg-Verken und auf dem Vulkan sind ebenfalls sämtliche Miter ausständig. Die Ursache des Streiks soll nach einer T.M. Meldung in der Ablehnung der Forderung einer 50 prozentigen Erhöhung des Akkordlohnes liegen.

Ausdehnung des belgischen Bergarbeiterstreiks.

Brüssel, 23. Oktober. (T.M.) Der Proteststreik der Bergarbeiter im Becken von Charleroi gegen die Einkommensenkung gewinnt an Umfang und man befürchtet, daß auch die größeren Bergwerke, die bis jetzt noch außerhalb der Bewegung stehen, sich dem Ausmaß anschließen werden. Die sozialistische Partei mahnt zur Ruhe. Die Forderung, einen Streik zu entsenden, wenn nicht Lohnherhöhung bewilligt werde, ist nunmehr von den Bergarbeitern des Beckens Charleroi an die anderen Vereinigungen der Bergarbeiter in Belgien, namentlich an die von Lüttich und Namur, weitergegeben worden. Bei den Metallarbeitern und Eisenbahner sollen Schritte unternommen werden, damit sie sich nötigenfalls der Bewegung anschließen.

Von Nah und Fern.

Verurteilung polnischer Raubmörder.

Doveln, 23. Oktober. Das Schwurgericht verurteilte heute den polnischen Staatsangehörigen Misa, der im Verein mit dem polnischen Staatsangehörigen Siska einen Revierförster und einen Hilfsförster durch Revolverbeschüsse getötet und die Leichen beraubt hatte, zum Tode und zu 6 Jahren Zuchthaus.

Scharlach- und Diphtherieepidemie in London.

London, 24. Oktober. Hier herrscht eine starke Scharlach- und Diphtherieepidemie. Gestern wurden 4771 Scharlachfrankt und 2021 Diphtheriefrankt in die Spitäler aufgenommen.

Schweres Eisenbahnunglück in der Mandchurei.

Paris, 23. Oktober. Nach einer Tagesmeldung aus Miao-wokoh ist der Postzug nach Charbin entgleist. Man zählt hundert Tote.

Verantwortlich für den revolutionären Teil.

Heinrich Heine in Leipzig. Verantwortlich für den Interaktionsteil: Friedrich Viller, Borodaj-Lepzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchverlag „Die Arbeiterbewegung“ Leipzig.

Diese Nummer umfasst 8 Seiten.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Mit-Leipzig. Heute Montag, den 25. Oktober, abds. 8 Uhr, **Frauenversammlung** im Jugendheim, Brautstraße 17. Dritter Vortrag des Gen. Bauer über: Weltliche Einheitschule. Zahlreichen Besuch erwartet.

Böhlitz-Chrenberg. Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, **Mitgliederversammlung** in der Großen Eiche. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Ref.: Gen. Paul Plotko. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches, in welchem die Erklärung enthalten ist, daß sie auf dem Boden der Resolution Crispian-Ledebour stehen. Zahlreichen Besuch erwartet.

Großdeuben. Montag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Weißen Hof. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Ref.: Genosse Ka 1 Goolzo. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

Lößnig. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, **Generalversammlung** im Stern. 1. Berichte des Vorstandes und der Kommissionen. 2. Vortrag: Die nächsten Aufgaben der Elternräte. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbücher sind vorzulegen. Der Vorstand.

Maritzschberg. Dienstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** in Maders Gasthof. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Ref.: Genosse Bruchardt. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

Konsum-Verein Liebertwolkwitz u. Umg. Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Außerordentliche Generalversammlung Dienstag, d. 26. Oktober 1920, abends 8 Uhr im Gasthof zum Schwarzen Roß, Liebertwolkwitz

Tagesordnung: 1. Statutenänderung, § 49 des Statuts, als Absatz 3 ist folgende Bestimmung anzufügen: Bei einer freiwilligen Auflösung der Genossenschaft zwecks Verschmelzung mit dem Konsum-Verein Leipzig-Blagwitz findet eine Verteilung des Vereinsvermögens, soweit daselbe die Geschäftsaufgaben der Genossenschaft übersteigt, nicht statt, sondern geht in das Eigentum der übernehmenden Genossenschaft über. 2. Beschlussfassung über Auflösung des Vereins am 31. Dezember 1920. 3. Wahl von drei Liquidatoren. 4. Revisionsbericht.

Zutritt in die Versammlung haben nur Mitglieder, die sich durch die Parteikarte ausweisen können. Frauen, welche Mitglied des Vereins sind, können das Stimmrecht ihrem Ehemann nicht übertragen.

Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Der Vorstand. Karl Saferkorn, W. Martin.

Phot. Vergrößerungen

in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung fertigt als Spezialität preiswert

Proessdorf Litzn: Bayersche Str. 41.

Alle Herren-Hebelschneiderei mit Doppelschleife und Abklappen Gr. 40/46, Paar. #140. — Leichtere Herren-, Damen- und Kinderkleidung in allen Größen billigst. Versand n. auswärts u. Nachnahme. J. Colloff, Schönfeld Taubstr. 37. I. 7.

Ortsverein Leutzsch U.S.P.D.

Dienstag, den 26. Oktober 1920, abends 1/8 Uhr, im Schwarzen Jäger:

Mitglieder-Versammlung

Zutritt haben nur Mitglieder, die noch auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogrammes stehen und die Resolution Crispian-Ledebour zur ihrigen machen.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag in Halle, Referent Genosse Liebmann. 2. Freie Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet der am 21. 10. 1920 abends im Schwarzen Jäger neugewählte Vorstand Mitgliederbuch mitbringen. S. U.: Rudolf Fischer, 1. Vorl. Mitgliederbuch mitbringen.

Konsum-Verein Leipzig-Blagwitz

— und Umgegend. E. G. m. b. H. —

An unsere werten Mitglieder!

Im Jahresbericht sind auf Seite 44 und 45 die Tage festgelegt, an welchen, der Reihe der Mitgliedsnummer nach, die Rückvergütung ausbezahlt wird.

Umständehalber muß eine Veränderung eintreten.

Um unseren Mitgliedern unnötige Kosten und unnütze Wege zu ersparen, bitten wir zu beachten: Laut Beschluß der Generalversammlung beträgt der

Geschäftsanteil 100 Mark

und die Rückvergütung für das abgelaufene Geschäftsjahr 3%. Die Rückvergütung kommt jedoch nur soweit zur Auszahlung, als der Geschäftsanteil die volle Höhe erreicht hat. Die Mitglieder, welche dieses Jahr keine Rückvergütung zu erheben haben, brauchen nicht zu dem angelegten Termin zu erscheinen, die Buchung im Mitgliedsbuch wird nächstes Jahr anlässlich der Markenabgabe mit vorgenommen.

Die neue Reihenfolge der Nummern und die Tage an denen die Auszahlung erfolgt, sind aus einer Bekanntmachung zu ersehen, die in den Verkaufsstellen öffentlich aushängt. Wir lenken die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder auf diesen Aushang, damit keine unnötigen Weiterungen entstehen. Die Beamten sind angewiesen, sich genau an die in der Bekanntmachung angeführte Reihenfolge der Mitgliedsnummern zu halten.

Leipzig, am 23. Oktober 1920. Der Vorstand.

Ortsverein L.-Ost

(U. S. P. D.)

Donnerstag, den 28. Oktober, abends 1/8 Uhr **Halbjahrs-Generalsammlung** in Kasslers Festsälen, Volkmarshaus.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden und Kassierers. 2. Erziehung des 1. Vorsitzenden und 3. Vorstandsmitgliedern. 3. Die politische Situation und die nächsten Aufgaben der Partei. Referent: Genosse Johann Scheib. 4. Vereinsmittellungen.

Zutritt haben nur die Genossinnen und Genossen, die sich auf dem Boden der Resolution Crispian-Ledebour stellen und Mitgliedsbuch vorzeigen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, nur von denjenigen Beifälligen Beitragsmarken zu entnehmen, die im Besitze einer vom Hauptortland Groß-Leipzig ausgestellten und mit S. Scheib unterzeichneten Legitimationskarte sind.

Bibliothek. Unsere Leser werden ersucht, die in den letzten Wochen entlehnten Bücher in den festgelegten Bibliothekstunden wieder abzuliefern. — Ausgeliehen werden vorläufig keine Bücher.



Reise-Taschen

aus prima Rindleder und starkem Segeltuch Eigene solide Fabrikate Grösste Auswahl ••• Billigste Preise **Karl Blaich** Windmühlenstrasse 32 Tauscher Strasse 16 Koller- und Lederwaren-Fabrik.



Ferd. Fischer Uhrmacher, Tauchaer Straße 10.

ff. Leder-Ausschnitt

empfiehlt **Lederhandlung Heinrich Berthold** Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

Spieltheater Albertshaus
Krystall-Palast
Täglich: 2 Erstauflührungen

Der Hund von Baskerville
VI. Teil
oder Das Haus ohne Fenster
Fabelhaft spannender Detektivfilm mit dem beliebtesten Detektiv **Sherlock Holmes** in der Hauptrolle in 1 Vorspiel und 4 Akten.
Die Unerkannten
Sensations-Detektivfilm in 5 Akten. In der Hauptrolle **Ludwig Trautmann** Nur für Erwachsene über 18 Jahr.

Die Reichseinkommensteuer von Rudolph Weid. — Preis 1.50 Mk. Leipziger Buchdruckerei V. O., Tauchaer Str. 10/21

Bauarbeiter-Verband

Telephon: 8776. Bezirksverein Leipzig. Telephon: 4778. Bureau: Gerberstraße 1, III (Gosler Bäckerei), Zimmer 35-37. Geöffnet von 9-1 und 4-5 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr.

Dienstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Gesellschaftssaal **Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung: Stellungnahme zu dem am 17. Nov. stattfindenden Bezirkstag in Stwidau.

Mittwoch, den 27. Oktober, abends 1/8 Uhr, im Volkshaus **Sitzung der Delegierten und Ausschußmitglieder.** Der Vorstand.

Politische Partelen und Verfassungskämpfe in Sachsen

von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Nationalkrieges 1848-1849 von Dr. Curt Geyer Preis broschürt 3.— Navi Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 P.-stecheokont. Nr. 53477 Die Austräger und Filialen der Volksvereine nehmen Bestellungen entgegen.

Interate sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Filiale Leipzig, Braustrasse 17, III., Telephon 19367

Donnerstag, d. 28. Okt., abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café **Allgemeine Lehrlings-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Die Knechtung der Lehrlingsfrage in der Herren- und Damenschneiderei. 2. Verschiedenes. Diese Versammlung soll nicht nur für die Lehrlinge selbst, sondern in erhöhtem Maße ein Appell an die Eltern der Lehrlinge sein, um mit uns diese Frage zu besprechen und nach besten Kräften gegen die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte uns unterstützen. Einen zahlreichen Besuch erwartet. Der Beisitzersausschuss.

Billige Seefische!

4000 P d. frische Seefische 1.90

1 bis 3 Pfd. schwer Einheitspreis: 1.40 Mark

Bitte Pappe mitbringen! Bei Abgabe von 10 Pfd. Zeitungspapier 3 Pfd. frische Seefische oder 3 Pfd. fr. Salzheringe und 1/2 Pfd. Heringssmilch. Gratis!

Spezial-Herings- und Fischwaren-Großhandlung **Walter Baumann**

Tel. 60721. Wurzner Strasse 2a. Tel. 60721.

Familien-Nachrichten

Am 23. d. Mts. verschied infolge Unglücksfalles der Brauer **Herr Otto Koch** aus Merkwitz. Wir bedauern aufrichtig das plötzliche Hinscheiden dieses treuen Mitarbeiters, welcher 7 Jahre in unserm Betriebe tätig war und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. L. Connewitz, den 23. Oktober 1920. **Kronen-Brauerei Bruno Ermisch** zugleich im Namen der Beamten u. Arbeiterschaft

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn **Walter Schumann** im Alter von 13 Jahren Sonntagmorgen im Krankenhaus St. Jakob gestorben ist. Leipzig-Lh. Reichenbäcker Str. 42, III. 1. Die trauernden Eltern und Geschwister. Beerdigung Mittwoch, den 27. Oktbr. 1920, nachmittags 3 Uhr, auf dem Sibiriedhof.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe, treuherzige Mutter, Schwieger- und Großmutter **Anna Marie Beyer geb. Junghans** im Alter von 88 Jahren, nach kurzem aber schwerem Leiden Sonntag nachm. 1/2 Uhr sanft entschlafen ist. Leipzig-Lh. 1. d. d. 27. d. 1920. Der trauernde Sohn mit Rindern u. sämtl. Hinterbl. Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 1/4 Uhr vom Friedhof aus statt.

Bersätet trifft uns die Kunde von dem Tode eines unserer besten Genossen, des ehemaligen Buchdruckers, väterlichen Kolonnenführers **Heinrich Gottschalch**. Die Partei verliert in ihm einen ihrer besten Kämpfer. Jahrzehnte leitete er der Arbeiterbewegung die besten Dienste. Sein Andenken wird dauernd in Ehren gehalten werden. **Der Hauptvorstand d. U.S.P.D. Groß-Leipzig** **Der Bezirksvorstand der U.S.P.D. Leipzig.**

Dank. Nun wir unsern Toten zur letzten Ruhe gebettet haben, sagen wir für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste unsern tiefempfundenen Dank. Besonders Dank aber den besten Kollegen und Mitarbeitern für die Grabrede und den letzten Freundlichkeitsdienst. Leipzig, den 25. Oktober 1920. **Helene Patze und Kinder.**

Statt Karten! Für die wohlthuenden Beweise herzlichster Anteilnahme und Liebe beim Hinscheiden meines lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Bräutigams **Fritz Alfred Kipel** danke ich allen aufs herzlichste. Dank den Hausbewohnern sowie der Firma Hallberg & Büditing, L.-Windenau Albertstr. 108. **Die trauernden Hinterbliebenen und Braut.**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

An die Mitgliedschaft Groß-Leipzigs USPD.

Wir ersuchen erneut die Mitglieder, nur von den Hausfassern Beitragsmarken zu entnehmen...

Der Hauptvorstand. J. A. Scheib.

Volksektionensträgerinnen von Leutzsch!

Heute, den 25. Oktober, abends 7 Uhr, Zusammenkunft im Schwarzen Jäger...

Mit-Leipzig. Frauen! Heute Montag, abends 8 Uhr, im Jugendheim...

Thonberg-Stötteritz. Dienstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, Frauenturnus...

Thonberg-Neureuditz. Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, im Restaurant Spilthof...

Mokau. Dienstag, den 26. Oktober, abends 1/8 Uhr, Funktionärssitzung...

Leipzig-Möckern. Heute Montag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr, im Carolabad...

Deutscherlei Tauscha. Parteilunktionäre! Dienstag, den 26. Oktober...

Betriebsrätekursus.

Für Musiker, Artisten, Gastwirtschaftlichen usw. beginnt Dienstag, den 2. November 1920...

Leipziger Volkshochschule.

Nun hat auch Leipzig seine Volkshochschule. Am Sonntagvormittag ist sie eröffnet worden...

Im Bürgertum und noch mehr in den Kreisen der Intellektuellen steht jetzt ein ganz besonderer Trieb...

Die aber ist noch obenhin ein Ding ganz eigener Art. Sie ist gewissermaßen Volkshochschule von Staats wegen...

Die Richtigkeit dieser Einschätzung bewies er dann aufs neue, als er Wesen und Abicht der Schule entwickelte...

schiede hinweg verbindend wirken", eine „große Arbeitsgemeinschaft aller Stände und Berufe des Volkes“ sein sollte...

Die akademische Selbstgefälligkeit konnte es sich nicht verkneifen, auch bei der Eröffnung der Volkshochschule...

Die Leipziger Volkshochschule wird noch weniger als „ein gutgemeintes beheldenes bürgerliches Unternehmen“ sein...

Von welchem Geiste die neue Volkshochschule getragen ist, zeigte auch der einleitende und schließende Gesang...

Kommt herzul! Laßt uns dem Herrn frohlocken Und jauchzen dem Hort unseres Heils!

Und der Ausklang? Eine „Ergänzung“ von Wagners Meisterliedern, des Preisliedes auf Hans Sachs...

Wach auf, du liebe deutsche Welt, Blick auf zum klaren Himmelsgelt! Vergangen ist des Winters Nacht...

Ohne den lieben Gott und ohne „unser Väter Schwerm“ gehts nun einmal bei den „künftigen“ deutschen Professoren nicht...

Das übrige wird in der Volkstammer zu sagen sein — und bei der Landtagswahl!

Konferenz der Kartelle in der Kreishauptmannschaft Leipzig.

Die Konferenz am 24. Oktober war von 19 Kartellen besetzt. Als wichtigster Verhandlungspunkt stand die Kartoffelfrage...

Sofortige Einführung der öffentlichen Beweisaufnahme der Kartoffel, Beginnend bei der Produktion, Enteignung der diesjährigen Ernte...

Einschlag eines Sondergerichtes (Volksgesicht) zur Aburteilung von Verbrechen gegen die zu erlassenden Anordnungen.

Die letzte Forderung wurde als notwendig erachtet, da die Justiz gegenüber dem Lebensmittelwucher vollständig versagt.

Von den Zenträlen der Organisationen soll verlangt werden, diese Forderungen zu unterstützen und den Kampf dafür aufzunehmen.

In der weiteren Aussprache kam der Wunsch nach einem besseren Zusammenarbeiten der Kartelle zum Ausdruck.

Ein Vorstoß der Grundbesitzer.

Am Sonntag hielten die organisierten Hausbesitzer Leipzigs eine sogenannte Aufklärungssammlung ab, in der Herr Kirzme einen Vortrag hielt.

Die Entschliebung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Freies Verfügungsrecht der Hauswirte. Was das bedeutet, werden die Mieter ermessen können.

Die Wohnungsnot leidet mehr und mehr. Einen Ausweg aus dem Wohnungssegen bietet nur die Neubautätigkeit. Die Verfertigung von Wohnungsbauten im Jahre 1921 ist aber ebenfalls nur mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln möglich.

Das Reichsfinanzministerium hat bestimmt erklärt, daß für das nächste Jahr Baukostenzuschüsse ohne Deduktion auf keinen Fall gegeben werden.

Es geschieht aber nichts! Werden nicht binnen längstens 4 Wochen Mittel bewilligt und die nötigen Bestimmungen erlassen, dann ist jede planmäßige Bautätigkeit im Jahre 1921 ausgeschlossen.

Der Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften laßt am Schluß seiner Darlegungen: „Die Katastrophe ist da!“ Auf allen Gebieten geht es mit rasender Schnelligkeit in den Bankrott hinein.

Kommunistisches Heldentum. Als Verräter wurden im Leipziger Teil des Hallischen Volksblattes die Redakteure der Leipziger Volkszeitung beschimpft.

Die Leipziger Ren-Kommunisten werden, wie das Hallische Volksblatt meldet, den Landtagswahlkampf selbstständig führen.

Züßlinger und seine Zucht.

Von Konrad Voelke.

Zeichnungen von Hans Albert Förster.

13.

„Das geht großartig!“ frohlockte Stephanie, als ein Züßlingszug nach dem andern einlief.

„Das beste wird sein,“ so sagte er zu den Anführern der Aufwiegler, „wir warten nicht, bis die Oberdeutschen kommen.“

„Ich bleibe,“ sagte Stephanie.

„Wir bleiben auch,“ sprachen die Züßlinge.

„Aber ihr guten Leute!“ redete Züßlinger auf sie ein. „Nicht einen von den Knobben haben wir erwünscht; nicht die Frau, nicht das Töchterchen und nicht den Alten.“

„Wir vertragen die Bahnfahrt nicht gut; das Gerassel macht uns Beschwerden. Wir sind hier, und damit gut,“ sagten die Anführer der Züßlinge im Namen der anderen.

Züßlinger versuchte auf alle Weise, sie zum Abzuge zu bewegen. „Die Oberdeutschen sind noch vom großen Kriege her Meister in der Schießkunst mit blauen und gelben Giffläusen.“

„Ach was!“ rief Stephanie, und Hera und die Anführer der Züßlinge riefen es ihr nach: „Wir vertrauen deinem Genie!“

„Einsteigen!“ schrien die Arbeiter, die mittlerweile die Dampfessel und Tender der Lokomotiven frisch gefüllt und die Kraftwagen mit Benzin versorgt hatten.

„Einsteigen!“ mahnte auch Züßlinger, aber die Züßlinge folgten ihm nicht. Die Arbeiter besannen sich nicht lange. Sie verließen die erbeuteten Waffen und fuhren ab.

Die Züßlinge sahen ihnen ohne Bedauern und ohne Verständnis nach. Sie freuten sich harmlos ihrer neuen Freiheit, wunderten sich, daß kein Aufseher mit der Peitsche mehr hinter ihnen stand, und die meisten von ihnen, die noch nicht viel gelernt hatten, hielten dafür, es gäbe nun gar keine Oberdeutschen mehr.

„Vielleicht hätten wir das nicht tun sollen,“ sagten einige.

„Wir hätten sie nur peitschen dürfen, wie sie uns gepeitscht haben.“

Andre, die schon aufgefärrter waren, entschuldigten sich damit, daß sie auch für ihre Verblödung hätten Vergeltung üben müssen.

„Nawohl; wir hätten sie also ebenfalls verblöden sollen,“ sagten die ersten in ihrer naiven Gerechtigkeit.

Während sie sich solch grüblerischen Betrachtungen hingaben, hielt Züßlinger mit seinen Vertrauten Rat.

„Wie denkt ihr euch denn nun die Geschichte?“ fragte er sorgenvoll.

„Sehr einfach,“ sagte Stephanie, „wir warten ab, bis die Oberdeutschen kommen, unterdessen erfindet du ein Gegenmittel gegen ihre giftigen Gase, wir verfrachten uns in die Bergwerke, lassen sie ihr Pulver verschießen und fallen dann über sie her.“

(Dortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Wohltätigkeitskonzert des Notenkocher-Männerchors und Notenkocher-Orchesters. So erfolgreich die zunehmende Musikliebe in der Arbeiterklasse ist, einige prinzipielle Bedenken lassen sich doch nicht unterdrücken.

Arbeiterkraft der U. S. P. D. treu bleibt. Daß die Komunisten sich demnachst der A. P. D. anschließen, hat der U. S. P. D. Komunist J. P. J. deutlich zu verstehen gegeben. Nach dem Hallischen Volksblatt hat er in einer Versammlung seiner Gefolgsleute über eine Landeskonferenz berichtet und dabei gesagt: „Unter Verhältnissen zur A. P. D. ist ein Durchaus Kameradschaftliches und wird von den Zentralinstanzen zu gegebener Zeit noch enger geknüpft werden.“

Das heißt also, die Komunisten werden in der A. P. D. aufgehen, wie das ja auch das Moskauer Diktat vorschreibt. Und es ist bezeichnend, die Zentralinstanzen werden darüber befinden. Die Mitglieder selbst haben nichts zu sagen.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über die Eingaben wegen Ausführung aller städtischen Bauten im Eigenbetrieb, über Ordnung der Gebühren für Benutzung einiger öffentlicher Einrichtungen der Stadt Leipzig, über Erhöhung der Arbeiterlöhne sowie der Gas-, Wasser- und Strompreise, über Weiterführung von Teuerungszulagen und Zuschüssen an das Theaterpersonal, über Eingaben wegen Auflösung des städtischen Großmarktes für Gemüse und Obst, über Einführung von Schlachtgruppen auf dem Vieh- und Schlachthof, über Erhöhung der städtischen Grundsteuer und Ausstellung eines 19. Nachtrages zur Steuerordnung für die Stadt Leipzig, über Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbssteuer für die ev.-luth. Kirchen und Erlaß eines Nachtrages zur Kirchensteuerordnung für die Stadt Leipzig.

Herr Streckmann sprach am Sonntag in Leipzig in der Albertshalle über die politische Lage. Er bot viel Worte, machte in Optimismus und wandte sich als Geschäftsführer des Kapitalismus gegen die Sozialisierung. Er meinte, unter der neuen Regierung sei vieles besser geworden, wirtschaftspolitisch sei eine wesentliche Besserung zu verzeichnen! Seine Partei sei gegen die Verstaatlichung des Bergbaues; es sei zweckmäßig bei der Kohlenwirtschaft eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Anreizstellen und des Reichs herbeizuführen. Der Kapitalismus verurteilt die Arbeiter damit zu 1000er. Herr Streckmann bewies auch, daß er sich noch nie mit Sozialisierungsfragen ernstlich beschäftigt hat, denn er meinte, bei den Sozialisierungsprojekten sei niemals von einer Erhöhung der Produktion die Rede. Man sieht, mit welcher Unkenntnis der Führer einer großen Partei über die Sozialisierung spricht.

Vom dem amerikanischen Kinderhilfswerk. Der Ortsgausch für Dauschwitz schreibt uns: Ein Eingeladener in den U. S. P. D. vom 17. Oktober ist von Berlin gekommen, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Spedition im Osten der Stadt Leipzig obliegt. Die Dauschwitz in den Schulen aller übrigen Stadtteile sind unverändert in den Verhältnissen geblieben. Dank erhöhter Zuweisung durch die amerikanische Mission können wir von jetzt ab 100000 Mark mehr ausgeben, was unseren Kindern und Müttern für den Winter zur Verfügung kommen wird. Schwangere Mütter bekommen jetzt unter Essen vom 8. Monat ab und werden, wenn sie es holen lassen, auch während des Wochenbettes versorgt, so daß die hilflosen Mütter eine Unterbrechung der Spelung nicht mehr eintritt. Durch Vermehrung der Mütterliche, die bei Bedarf noch erweitert werden soll, ist den Müttern der Weg zum Mittagsessen nach Möglichkeit verkürzt worden. Wir bitten alle Institute, Ärzte und Hebammen, die Mütter auf unsere Spelung hinweisen zu wollen, den Ausweis stellen die Mütterberatungsstellen aus. Die amerikanische Mission hat uns ferner erhebliche Zuweisungen für Kinder im Alter von 2-8 Jahren in Aussicht gestellt. Sobald die Schwierigkeiten, die der ärztlichen Untersuchung und der Zuführung dieser Kinder zu geeigneten Sozialstellen entgegen stehen, selbst sind werden wir das Nähere bekannt geben. Allen Helfern, besonders aus der Lehrerschaft, die unsere Arbeit in selbstloser Weise unterstützen, danken wir wieder im Namen der amerikanischen Hilfsmission für ihre menschenfreundliche Tätigkeit, mit der Bitte, uns auch weiterhin zur Seite zu stehen.

Hotelpreise zur Messe. Auf Veranlassung des Verkehrsvereins wurde unter Beteiligung des Rats der Stadt Leipzig, des Handelsamts und der Handelskammer eine Besprechung mit dem Vorstand der Leipziger Hotelier-Vereinigung über die Hotelpreise zur Messe veranlaßt. Nach eingehender Erörterung gab der Vorstand der Hotelier-Vereinigung die Erklärung ab, daß der Vorkaufspreis für 100000 Mark über die künftigen Messen nicht mehr erhoben wird. Im übrigen wurde eine Kommission gewählt, die die Frage der Messen im allgemeinen prüfen und insbesondere auch eine Entlastung der Hotels in Klassen mit bestimmten Höchst- und Mindestpreisen vorbereiten soll.

Eine Million Mark für die Leipziger Messe. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat sich bereit erklärt, den Jahreszuschuß zur Leipziger Messe auf 1 Million Mark zu erhöhen, wenn unter der Bedingung, daß auch das Reich und die Stadt Leipzig entsprechend ihre Beiträge heraufsetzen und daß auch die Interessenten in größerem Maße herangezogen werden.

Der Technischen Nothilfe waren Vorwürfe gemacht worden, daß sie beim letzten Gemeindefest nicht in der Tätigkeit getreten war. In den bürgerlichen Blättern weist die Geschäftsstelle der Technischen Nothilfe die Vorwürfe, der Einsatz sei nicht erfolgt, weil die Technische Nothilfe sich nicht stark genug fühle und Mangel an technischem und anderem Personal habe, zurück. Sie bemerkt, daß ihr genügend geschultes und ungehobenes Personal zur Verfügung steht, um auch weit mehr als 800 Gemeindefestler zu ersetzen. — Man wird zugeben, daß die Geschäftsstelle der Technischen Nothilfe wirklich leistungsfähig ist, nämlich im — Aufschneiden!

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut. Die Vorstellung Der Kaufmann von Venedig beginnt morgen Dienstagabend pünktlich 7 Uhr. Die ausgefallene Vorstellung vom 10. Oktober wird am

ihre überauswichtige Wirkung gibt und sie in die erste Reihe der musikalischen Körperpersonalität stellt. Auch verteilt das Orchester-Musikanten leicht zu einer Programmsammlung mehr nach der Wirkung als nach dem musikalischen Wert. — Das Konzert bewies die Wichtigkeit dieser Bedenken vollaus. Zu ungetrübter Wirkung kamen nur die Männerchöre, während schon die Kammermusikwerke (Zweichöre) die Kräfte der Mitwirkenden zum Teil überstiegen. Aber über die kleinen Mängel hierbei sah man noch gern hinweg angesichts der Lust und Liebe, mit der hier musiziert wurde. Doch bei den Orchesterwerken vermag auch dieser Maßstab, und es muß gesagt werden, daß man immer wieder das Dilettantentum herausführe. Nicht erfolgreich war der Sopran von Fraulein Klemm und der Bariton von Herrn Schütz. So wechselten angenehme und unangenehme Eindrücke, und das hätte sich durch Selbstbescheidung vermeiden lassen. Pz.

Zwei Geigenkonzerte. Wie verschieden daselbe Instrument je nach der Eigenart des Spielenden klingen kann, lehrten die beiden Abende von Hans Schörr und Ludus Klein. Der erste gab den Besetzen von Correll, Händel, Mozart und Kauer einen strengen, fest herben Ton, der nicht immer ganz im Charakter der Musik begründet war. Die Partnerin am Flügel, E. S. v. v. ersetzte den Violinisten in dieser Richtung. — Mit fast derselben Vortragssolge trat Klein auf den Plan, aber wie weit war hier der Ton, wie ping er laut auf alle Schattierungen ein allerdings manchmal mit Verzicht auf die große Note (so in Corrells La solina)! Auffällig ist bei all diesen Konzerten die Geistesarmut, die sich in den einseitigen Vortragssolgen ausdrückt. Immer dieselben Namen! Und zwar Namen, die nur auf den Zeit kommen, um die Mode, dieses Wetterhübschen des Durchschnittpunkts, mitzumachen. Augenblicklich steht es auf Regen, wolle sagen auf Kauer. Ly.

Deutsches Abend der Deutschen Dichter-Gedächtnisstiftung. Es ist billig, über Alfred Dehmel Wehe zu rufen, weil er 1914 ein Kriegsverbrecher Gedichte von unheimlicher Komit verbrochen hat. So mancher, der es heute nicht wahr haben will hat noch Schlimmeres getan. Es ist aber eben so billig, Dehmel als den „solalen“ Dichter zu feiern, weil er den „Beraphalm“ und den „Weltmann“ und eines mehr geschrieben hat. Nichts ist viel mehr, daß er ein Bürger war mit den Instinkten des Bürgers ausgestattet mit den letzten Schwüngen seiner Klasse und zu gleich mit der ersten Witterung von etwas Kommenem. Ungeheurem, gänzlich Neuem. Sein Wählen und Zerfasern im Ich ist

14. November, nachmittags 1/3 Uhr, nachgeholt. Gespielt wird Das laute Geheimnis. Die ausgelassenen Eintrittskarten haben Gültigkeit.

Proletarische Freidenker. Der Redekursus findet wieder regelmäßig Mittwochs im Volkshaus statt. Alle Teilnehmer werden erjucht, am 27. Oktober, abends pünktlich 7 Uhr, zu erscheinen.

Kleinfleischverkauf. Wolf-Klein-Schöcher von 9 Uhr an Fleischverkauf. Pohl-Unger von 9-4 Uhr Verkauf von Fleisch und Gebäck.

Lebensmittellieferer für Dienstag, den 28. Oktober.

Für Kaufmannschaften. Ausgabe. Hafennährmittel: Leichter Tag — bestellt mit 10 B und K der Lebensmittelkarte Reihe Q, Kriegsgefangenenkarte 4 (je 250 Gramm).

Reichsbrandbrennzeugnisse: Ausgabe im Kohlenamt Verberstraße 3, I, Zimmer 38/40, Buchstabe 8-Z.

Zuckerarten der Reihe 19 Nr. 1-400.

Auslandschweinefleisch für Schwerkriegsbeschädigte: Ausgabe Leipzig-Volkmarstraße, Ecke Torgauer und Würzener Straße, nachmittags 2-5 Uhr.

Für Händler. Schweinefleisch: Bezugsartenablieferung.

Vollzeitschriften.

Beimitt wird seit dem 18. d. Mts. der Buchbinderlehrling Gustav Lehmann, 15 Jahre alt, Leipzig-Schönefeld, Pfaffenweg 8 wohnhaft und in Leipzig, Mittelstraße 6, bei einem Buchbindermeister in der Lehre. Am genannten Tage hat der Vermittler mit einem zweifelhafte, grauhaarige angeklebten Handwagen Waren von seiner Lehrstelle nach Kaitarmentstraße 17 gebracht und ist seitdem mittags mit dem Wagen verschwunden. Seine Angehörigen vermuten, daß ihm der Wagen gestohlen worden ist, und daß er als sehr gewissenhaft bekannte Vermittler nicht nach Hause wart, sondern planlos umherirrt oder sich wohl gar ein Leid angetan hat. Bei seinem Betreten übergebe man den jungen Mann einem Aufsuchtsbeamten.

Unfälle. Beim Koffelhäufen ist ein 13jähriger Schulknecht aus Leipzig-Klein-Schöcher am 21. d. Mts., mittags gegen 1/1 Uhr, auf dem Blücherplatz an eine vorüberfahrende Kraftdroschke angefahren und zu Falle gekommen. Dabei brach er den linken Unterarm; außerdem aber fuhr ihm noch ein Hinterrad der Kraftdroschke über seinen linken Unterarm, wodurch er Blutungen in der Wade erlitt. Der Kraftdroschkenführer brachte den verletzten Knaben zunächst nach der Volkshaus in der Rüdigerstraße und von dort später nach der eitelischen Wohnung. Die Schuld an dem Unfälle soll den Knaben selbst treffen. — Am gleichen Tage abends gegen 9 Uhr wurde ein 45 Jahre alter, in der Röhrenstraße wohnender Arbeiter im Connewitzer Hofe in der Nähe der Galtwitzerstraße zum Waldbau in hilflosem Zustande, an einem Baume liegend, aufgefunden. Allem Anscheine nach war der Verunglückte auf unaufgeklärte Weise von dem Baume heruntergefallen und hatte sich innere Verletzungen zugezogen. Er fand Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob.

Halbjahresgeneralversammlung der U. S. P. D. Leipzig am 24. Oktober 1920 im Volkshaus.

Genosse Kassel eröffnete die Versammlung und macht den Vorschlag, den Bericht vom Parteitag mit dem Vorstandsbericht zu verbinden, da über diesen schon genügend geschrieben und gesprochen ist. Hierzu gibt Genosse Scheib den Vorstandsbericht.

Wir haben wiederum eine halbjährige reiche Tätigkeit hinter uns, die nicht ohne geringen Erfolg für die Partei, insbesondere für den Bezirk Leipzig, war. Wenn die Partei jetzt 808 823 Mitglieder zählt, darunter 135 464 weibliche, ist in Leipzig die Mitgliedschaft im vergangenen Halbjahr um circa 4000 gestiegen, so daß der Mitgliederbestand beim Abschluß des Geschäftsberichtes insgesamt 59 065 betrug. Es zeigt dies, daß die Partei seit der Gründung eine stetige Ausdehnung angenommen hat. Es ist nicht nur in den Kreisen der Arbeiter ein großer Fortschritt zu verzeichnen, sondern auch unter den Beamten. Es zeigt, daß sich auch bei den Beamten ein Rück nach links bemerkbar macht. Dieser Fortschritt ist nicht nur eine Folge der Politik der rechtssozialistischen Parteien, sondern auch der rastlosen Tätigkeit unserer Genossen.

Der Kapp-Putsch ist zwar an der Einigkeit der Arbeiterkraft gescheitert, aber damit ist noch nicht die weitere reaktionäre Bewegung beendet. Das gesamte Völkertum, einschließlich der Demokraten, versucht die Reaktion weiter zu treiben. In Erinnerung hierbei nur an den famosen Anstichterschlach, wo man die konterrevolutionären Elemente frei läßt, während die revolutionäre Arbeiterkraft von der Staatsmacht weiter verfolgt wird. Aber nicht nur im Reich, sondern auch in Sachsen. Ferner erinnere ich an das Entwaffnungsgesetz. Auch dieses Gesetz ist in der Praxis gegen die Arbeiterkraft gerichtet. Diesen kann sich die Frage gegen die Entwaffnung wenden, indem Tausende von Waffen verstreut über ins Ausland verschifft werden konnten. Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete sehen wir dieselbe Reaktion. Es sei hier nur auf die Beseitigung der Zwangsverwaltung hingewiesen. Durch sie, so sagte man, sollten mehr und billigere Waren auf dem Markt kommen. Wir haben aber gerade das Gegenteil, ein fort-

nachlassendes und Anarchismus ist nichts anderes als gesteigertes Bürgerlicher Egoismus, den der Kleinbürger aus Furcht nicht in Ende lebt, den aber der „Großbürger“ und hier wieder in erster Linie der Kapitalist, auf die Spitze treibt. Dem gegenüber steht die proletarische Weltanschauung, in der die Solidarität der Gemeinschaft alles ist. — Ferdinand Gregori ist in meisterlicher Sprache, frei von übertriebungsartigen Mäßen, ganz die geübteste, alte Schule. Seine Auswahl war sehr vorzüglich und darum nicht ganz dem Diktat gerecht. Ly.

Städtische Theater. Die von Wolf Müller für Restros Wölfe einen Lux will er sich machen verschafte Musik ist ergänzt durch Altviener Lieder sowie durch Walzer von Lanner. Die Couplets sind textlich erneuert und von Georg Klehig zum Teil neu komponiert.

Schauspielhaus. Die Uraufführung von Hasenclevers Jenette ist endgültig auf Donnerstag festgesetzt worden. Der Dichter macht in seinem neuen Drama den Versuch, fünf Akte mit nur zwei darstellenden Personen zu stellen. — Am Sonntag, nachmittags 11/2 Uhr, werden die Morgensterne wieder aufgenommen und zwar mit einer Gedächtnisfeier für Josef Kainz. Der dem Schauspielhaus durch seine alljährlichen Gastspiele nahestand und dessen sechster Todestag vor kurzem wiederkehrte. Im Mittelpunkt der Feier stehen heimische und rezitatorische Darbietungen aus Kainzs Werken, für die durch musikalische Vorträge in Rahmen geschaffen wird.

Städtisches Kunstgewerbe-Museum. Die Ausstellung Kunst und Altertum in Elb-Bohringen wird bis zum 7. November verlängert. In Verbindung damit wird Professor Binder am 28. Oktober, abends 8 Uhr im Vortragssaal des Grassimuseums einen Vortrag halten über den Klenheimer Altar von Matthias Grünewald. Eintrittskarten sind im Kunstgewerbe-Museum (Grassimuseum) zu haben wochentags von 10 bis 2 und 5 bis 8 Uhr.

Der Thomanerchor, mit ihm der Organist Günther Ramin und der Solist Dr. Rosenfeld, ist am Freitag, von seiner archaischen kanonischen Reise nach Leipzig zurückgekehrt, reich an Eindrücken und getragen von dem Bewußtsein, für seine Kunst und besonders für seinen Schutzpatron Johann Sebastian Bach mit Erfolg seine Kraft eingesetzt zu haben. Die Kelfs fand ein schönes Finale mit zwei Konzerten in der dem Chöre schon vertrauten Frue Kirke in Kopenhagen.

gestiegtes Steigen der Preise, und die Regierung steht dem sehr mächtig gegenüber, nachdem sie die Preistatiger in jeder Weise begünstigt hat. Es ist jetzt fast nicht mehr möglich, einen Zentner Kartoffeln für 26 Mark zu erhalten, wie soll das erst im Frühjahr werden. Die Regierung unternimmt nichts gegen den Wucher, sie kann auch nichts unternehmen, was die Not des arbeitenden Volkes mindern könnte, denn sie ist die Gefährtin dieses profitgierigen Unternehmertums. In dem größtmöglichen Entgegenkommen dem Wucherer gegenüber und den grenzenlosen Unterdrückungsmöglichkeiten gegen die Arbeiterkraft ist die gesamte innere Politik gekennzeichnet. Diese Politik wird auch nie im Stande sein, den Etat wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Sie scheut vor jeder Radikalkur zurück und weiß nur die Arbeiter zu schröpfen. Wie im Staat, so ist es auch in den Gemeinden. In Leipzig haben wir für die nächste Zeit nicht weniger als 18 neue Steuern zu erwarten. Und dies zu einer Zeit, wo man sich in Unternehmerkreisen ernsthaft mit der Frage des Lohnabbaues beschäftigt. So sind wirtschaftliche und politische Verhältnisse geschaffen, die unsere Agitation stark begünstigen. Dieses ist auch Lieder nach Kräften ausgenutzt worden, und wir hatten alle Grund, stolz und hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken. Große Aufgaben sollten ausgeführt werden, da lam der Streik um die 3. Internationalen, der alle Kraft vergebete, die jetzt so bitter notwendig ist. Redner verbeißt sich in längeren Ausführungen über den Parteitag und seine Eindrücke, die er dort gewonnen hat. Wenn es auf dem Parteitag nicht möglich war, die Spaltung zu vermeiden, so wünschenswert dies im Interesse der Arbeiterkraft gewesen wäre, so ist die getroffene Entscheidung doch zu begrüßen. Denn sie hat Klarheit in die Partei gebracht und damit auch die Möglichkeit, sie fester zu fügen. Wenn wir diejenigen, die uns jetzt den Rücken kehren, auch als Kämpfer für die Interessen der Proletariats betrachten, so darf uns dies nicht hindern, einen sachlichen Kampf gegen jede weitere Zerstückelung zu führen. Was auf der anderen Seite jetzt noch so getobt werden, die U. S. P. wird sich weiter entwickeln zum Vorteil und Nutzen des Proletariats. Notwendig ist es aber, daß unsere Mitglieder Kritik die in Halle beschlossenen Grundlinien einhalten. Redner kritisiert weiter die schwankende Haltung des Reichstagsabgeordneten J. Geiger in der Frage der Moskauer Bedingungen und empfiehlt der Versammlung folgende Erklärung anzunehmen: „Die heute am Sonntag, den 24. Oktober stattfindende Generalversammlung von Groß-Leipzig verurteilt die schwankende Haltung des Reichstagsabgeordneten Geiger jen. zu den 21 Bedingungen und erklärt, daß Geiger nicht mehr als Vertreter der U. S. P. Groß-Leipzig in Betracht kommt.“

Wenn von allen Mitgliedern den von der Zentralkommission genehmigten Anweisungen entsprochen wird, so können wir überaus stolz sein, daß die U. S. P. durch den jetzigen Kampf nicht geschwächt, sondern durch innere Stärkung an Macht gewonnen wird. Zum 2. Punkt: Bericht des Sekretärs, gibt Genosse Kassel ein Bild über die Entwicklung der Parteiverhältnisse in Groß-Leipzig. Bei seinen Ausführungen konnte er sich auf den, jedem Genossen vorliegenden gedruckten Bericht stützen. Die Mitgliedszahl ist in einem stetigen Steigen begriffen gewesen, so daß der Mitgliedsbestand am 1. Oktober 1920 59 065 gegen 40 017 am 1. April 1914 betrug. Von diesen 59 065 Mitgliedern sind 12 110 weibliche. Diese Zahl befriedigt keineswegs, sondern fordert zur größten Agitation unter Frauen auf, dies ist vor allem nötig bei den jetzigen Landtagswahlen. Wenn in den Monaten März/April der Austritt neuer Mitglieder ganz gewaltig war, so hat er jetzt infolge der inneren Parteistärke fast ausgeglichen. Trotzdem beträgt die Zunahme seit April 3098 männliche und 631 weibliche Mitglieder. Wenn unsere Agitationskraft und Tatkraft auch durch den jetzt todben inneren Streik geschwächt worden war, so wird in den nächsten Tagen die Arbeit mit aller Kraft aufgenommen werden. Von den Neukommunisten wird in einigen Ortsvereinen das Material zurückgehalten. So haben sie in Leutzsch das gesamte Inventar, die Kartothek und Bibliothek in Besitz. Obgleich auch ihnen bekannt sein dürfte, daß diese Sachen nicht dem Ortsverein, sondern Groß-Leipzig gehören. Genossen die das Eigentum der Partei widerrechtlich zurückhalten, machen sich der Unterdrückung schuldig. Der Hauptvorstand wird die Genossen auffordern, Material, Karten und Gelder herauszugeben. Im Betrauungsfalle muß sich der Hauptvorstand alle weiteren Schritte vorbehalten, insbesondere auch gegen die Beisitzer.

Zum Kassenwesen ist zu bemerken, daß durch die Erhöhung der Beiträge sich die Einnahmen erhöhten, so daß ein Verbleib mit anderen Halbjahren unmöglich ist. Der Umlauf im Kreise betrug 363 422,80 Mk. Wie die Einnahmen sinken, sind es auch die Ausgaben. Vor allem die Wahlkämpfe erfordern große Mittel. Darum ist es notwendig, daß der Beschluß der Landeskonferenz, einen geschäftlichen Nachbetrug von einer Mark zu erheben, schon jetzt kassiert wird. Auch sonst ist den Ortsvereinsvorständen dringend zu empfehlen, alles überschüssige Geld an das Sekretariat abzuliefern, da doch das Sekretariat eine Anzahl Ausgaben der Ortsvereine übernommen hat.

Am den Kreis in den jetzigen Zeiten nicht leiden zu lassen, ist eine größere Versammlungstätigkeit zu erwirken. In Stoff fehlt es wahrhaftig nicht. Aber auch in den Kreisen ist die größte Agitation zu treiben. Wir müssen dahin streben, unsere Partei zu einer Massenpartei auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus zu machen. Dies können wir nur durch Schaltung der Massen, daß das Proletariat seine Entscheidung aus der Erkenntnis trifft und nicht durch das Diktat von Moskau. Ferner bittet er um Annahme folgender Erklärung: „Die Generalversammlung beauftragt den Hauptvorstand, gegen die Funktionäre, die das Eigentum von Groß-Leipzig, als Karten, Stempel, Beisitzerkarten, Kassenbücher, Ortsvereinsinventar und Bibliotheken, sowie das einbestimmte Geld widerrechtlich einbestimmen, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um der Organisation Groß-Leipzig das Eigentum zu sichern.“ Am Verlaufe der Berichtzeit sind 115 männliche und 27 weibliche Mitglieder gestorben, zu deren Ehreung sich die Versammlung von den Vätern erhebt.

Genosse Hofmann gibt den Bericht der Revisoren. Die Revisoren haben Kasse und Bücher dreimal revidiert und beides in bester Ordnung gefunden und bezeugen Entlastung. In der nun einsetzenden Diskussion wendet sich die Genossin Thiel an die Versammlung, die Agitation unter den Frauen mit allen Kräften zu unterstützen.

Genosse Geiger geht auf die sich für die nächste Zeit ergebenden Aufgaben der Arbeiterklasse ein und betont, daß es notwendig ist, mit allen Kräften die Sozialisierung durchzuführen und für das gesamte Proletariat eine Plattform zu finden zu einer Internationalen, wo das Schwergewicht auf dem westlichen Europa liegt.

Genosse Jensen unterstützt diese Ausführungen, und weist vor allem auf die Vorkämpfer in England hin. Es handelt sich hier um kleine Pöhrer, sondern um eine revolutionäre Reformen, die große revolutionäre Reformen zur Folge haben können, die sich in ihrer Wirkung nicht nur auf England beschränken werden.

Damit ist die Diskussion über den Bericht des Vorsitzenden, des Sekretärs und der Revisoren geschlossen. Den beiden vorgeschlagenen Entlastungen und dem Antrag der Revisoren wird einstimmig zugestimmt. Anträge sind nicht eingebracht. Unter Anwesenheit gibt Genosse Scheib die Vorschläge der Genossin von Grünwald des Hauptvorstandes bekannt. Danach sind Genosse Kua, Böhle für Bernh. Richter, Otto Roberger, Bezirksvertreter für Köhler, Franz Schäfer, Bildungs-Institut, Bezirksvertreter für Köhler, Franz Schäfer und Roberger, Kua, Revisor für Jemmer vornehmlich. Der Vorschlag der Genossin des Hauptvorstandes ist auf ihren Wunsch zurückgezogen.

Genosse Scheibler gibt einen kurzen Bericht über das Bildungs-Institut. Da sich eine besondere Versammlung mit dem Bildungs-Institut beschäftigen soll, kann hier von einer eingehenden Besprechung abgesehen werden. In der Diskussion wurde bedauert, daß das Bildungsinstitut seinen Bericht nicht gleichzeitig dem Bei-

richt der Partei beigefügt hat. Die von dem Gewissen geschützten Schwierigkeiten werden allgemein anerkannt, und es soll überall dahin gewirkt werden, daß die Veranstaltungen des Bildungs-Instituts mehr Beachtung finden.

Genosse Scheib gibt noch die für die nächste Zeit geplanten Veranstaltungen bekannt und fordert zu starker Beteiligung auf. Vor allem ist für guten Besuch der Frauenversammlungen zu sorgen. Auch sonst soll in der Tätigkeit nicht ermüdet werden. Wir stehen vor den Landtagswahlen, die A. P. D. wird sich mit allen Kräften an der Wahl beteiligen, dies erfordert auch unsere ganze Kraft. Mit einem Hoch auf die Partei wird die Versammlung geschlossen. Anwesend 616 Vertreter, entschuldigend fehlen 279, unentschuldigend 172.

Sächsische Angelegenheiten.

Unfälle Glieder des Zwischenhandels.

Der Getreidehändler Landmann in Kirchberg kaufte im September 1919 von einem andern Großhändler 100 Zentner Hafer zum Preise von 55 Mk. für den Zentner, um ihn bald darauf für 59 und 60 Mk. an einen Kleinbändler in Kirchberg weiter zu verkaufen, der den Hafer für 65 Mk. an Verbraucher abgab. Es ist wegen Kettenhandels (Vergehen gegen die Preisverordnungsverordnung) zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Das Kaufgeschäft sei nicht geeignet gewesen die Ware den Verbrauchern näher zu bringen. Der Angeklagte hätte die Ware direkt den Verbrauchern zuführen können und brauchte sie nicht erst an einen Kleinbändler abzuleihen, der noch dazu in Kirchberg wohnte. Dadurch sei der Hafer unnötig verteuert worden. Die Behauptung des Angeklagten, der auch gleichzeitiger Kleinbändler ist, er habe den Hafer nicht im Kleinhandel weiterveräußern können, wurde als unzutreffend zurückgewiesen, denn es sei gerichtsnotorisch, daß die Getreidegroßhändler damals von den Verbrauchern um Hafer geradezu bekümmert wurden. Außerdem wurde gerade in der Kirchberger Gegend ein sehr hoher Haferpreis bezahlt. Der Angeklagte habe sich als unnützes und wirtschaftlich unnützes Glied in die Handelskette zwischen Erzeuger und Verbraucher eingeschoben und sei sich dessen auch bewußt gewesen; er habe auch die dadurch herbeigeführte Preisverteuerung erkannt. Das Oberlandesgericht Dresden hat die Revision des Angeklagten verworfen.

Eine Regierungsärztin im sächsischen Ministerium.

Frau Dr. Ullrich-Veß, die schon seit dem Frühjahr im sächsischen Ministerium des Innern auf lokalem Gebiet tätig war, ist zur Regierungsärztin ernannt worden. Ihre Berufung ist übrigens bereits erfolgt, ehe sie als Mitglied der demokratischen Fraktion an Stelle des erkrankten Abgeordneten Beda in die sächsische Volkshammer eintrat, also unabhängig von ihrer Eigenschaft als Abgeordnete.

Leichenförderer auf der Straßenbahn.

Die Dresdner Straßenbahn wird demnächst die Leichenbeförderung einführen. In Wien besteht diese Einrichtung bereits. Es soll vorläufig ein Straßenbahnwagen zu diesem Zweck würdig ausgestattet werden, jedoch vorläufig nur zwischen dem Friedrichstädter Krankenhaus und dem Friedhof und Krematorium verkehren. Dadurch soll der Leichentransport verbilligt werden.

Wettbewerb um das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, sind bei dem Wettbewerb um den Bau des deutschen Hygiene-Museums in Dresden 100 Entwürfe eingegangen, darunter 70 aus Sachsen, die übrigen aus Deutschland und Österreich. Das Preisgericht wird voraussichtlich Anfang Dezember zusammenzutreten.

Großer Holzlagerbrand.

Wort i. V. 25. Oktober. Durch einen mutmaßlich auf Brandstiftung zurückzuführenden Brand wurde das umfangreiche Amdenlager der Holzfabrik von H. A. Müller zerstört. Das Einschreiten dreier Feuerwehren verhinderte das Weitergreifen der Flammen auf die angrenzenden Fabrikgebäude. Der angerichtete Schaden ist bedeutend.

Die Kandidaten der Deutschen Volkspartei für Leipzig.

An der Spitze der Kandidatenliste der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Leipzig stehen: Rechtsanwalt Bünge, Leipzig, Baumelster Kretschmar, Leipzig, Fabrikbesitzer Gehl, Kommerzienrat Dr. Rietzhammer, Kriebstein, Privatangehender Enke, Leipzig, Fortbildungsschuldirektor Köllig, Leipzig.

Staatliche Kraftwagenlinien.

Am 24. Oktober ds. J. wird auf den sächsischen staatlichen Kraftwagenlinien der Winterfahrplan eingeführt, der auf den Eisenbahnstationen und den Kraftwagenhaltestellen durch Aushang veröffentlicht wird. Am gleichen Tage wird der Betrieb auf den staatlichen Kraftwagenlinien Elbenst.-Johanngeorgenstadt und Falkenstein-Schneeberg eingestellt. Die Linie Lieb.-Gottkuba-Peterswald wird vom 24. Oktober an nur noch von Liebstadt bis Börnersdorf durchgeführt. Bis auf weiteres ist auch der Betrieb auf den Linien Elbenst.-Hundshübel und Hirschfelde-Reichenau eingestellt worden.

Gestörtes Schlichtschiff.

In der sozialdemokratischen Zittauer Volkszeitung war dieser Tage diese Notiz zu lesen:

Eine Einladung zu einem Doppelschiff mit Webers Wita, Neuhäuser Wehertstraße 84, flog uns auf den Tisch. Ein Bauernschiff mit 100 Personen, in heutigen Zeiten. Es findet heute abend statt. Riesenschiff bilden die Arbeiter mit hungrigem Magen und arbeitsloser Arbeit. Später bei dieser besonderen Veranstaltung in den Zeiten der Not, damit sie auch indirekt am doppelten Bauernschiff teilnehmen können. Der Anfang ist auf 8 Uhr abends festgelegt. Die Arbeiter wollen sich die Zeit des Anfangs genau einprägen. Heute Sonnabend, abends 8 Uhr.

Der Erfolg der Werbung war der, daß zu der beabsichtigten Zeit ungefähr 200 Personen vor der Villa versammelt waren, die an dem Schlichtschiff teilnehmen wollten. Lange Verhandlungen wurden gepflogen und allerlei Versprechungen wurden gemacht, doch die Leute ließen sich nicht fortbewegen. Schließlich drangen die Erschienenen in die Villa ein und trugen die vorhandenen Redeschiffe fort, so daß die Festgäste um den Schmaus kamen.

Wir wollen gewiss nicht aufheben, daß die Demonstration für sich per se nicht aus der Sache einen Nutzen zogen, aber es muß auch ganz deutlich gesagt werden, daß es geradezu aufreißend wirken muß, während zehntausende Arbeitsloser hungrig und frierend mit ihren Kindern ein erbärmliches Leben führen. Solche Vorgänge werden bei diesen Verhältnissen nicht vereinzelt bleiben. Die Not ist die Triebkraft dazu.

Ans der Umgebung Leipzigs.

Ortsverein Wahren.

Die Neukommunisten haben durch Anschläge für heute Montag, den 25. Oktober, zu einer Mitgliederversammlung ein und legen sich den Namen U. S. P. D. zu Anrecht zu. Unterzeichnet sind die Einladungen mit: Der provisorische Vorstand. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Versammlung nichts mit dem Ortsverein Wahren zu tun hat. Der Ortsverein Wahren U. S. P. D. hält seine nächste Mitgliederversammlung Sonnabend, den 30. Oktober, ab, die Einladung erfolgt in der gewohnten Weise. Der Ortsverein Wahren hat auch seinen provisorischen Vorstand, sondern den in der Generalversammlung am 7. April gewählten aktiven. Die Halbjahresgeneralversammlung am 2. Oktober hatte an der Geschäftsführung des Gesamtverbandes nichts auszusagen. Da nur zwei Vorstandsmitglieder zu den Neukommunisten übergetreten sind, dürfte es jedem klar sein, daß der alte Vorstand zu Recht besteht. Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, keinerlei Mitgliederbeiträge an Leute abzuliefern, die sich nicht durch Legitimation als Beifahrer der U. S. P. - Richtung Crispian-Lebehour ausweisen können.

Der Gesamtverband des Ortsvereins Wahren U. S. P. D.

J. A.: Paul Rauch.

Bezirksverband Grimma.

Das Wirtschaftsministerium hat genehmigt, daß der Stabsveterinär Schwendler in Grimma den Regierungsveterinär Dr. Gebauer in Grimma bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche unterstützt.

In der Woche vom 25. bis 31. Oktober 1920 erhalten Versorgungsberechtigte 40 Gramm Butter für 1 Mk. und 50 Gramm Kolofett für 1.50 Mk. auf den Abschnitt der Zeitmarke N.

am Böhlitz-Ehrenberg. Aus dem Gemeinderat. Nach Bekanntgabe der Kassenabrechnung vom Monat September gibt der Vorsitzende ein Schreiben der Thüringer Gasgesellschaft bekannt, worin die Gesellschaft der Gemeinde die erhobenen Gaspreise mittelt, worin der Gemeinderat seine Zustimmung abgibt. Der Erwerbssolenzrat erläßt dem Gemeinderat, für die Erwerbssolenzrat Kartoffeln zu herabgesetzten Preisen abzugeben. Der Gemeinderat beschließt, dem Wirtschaftsausschuß ein Schreiben zu schreiben, damit unsere Gemeinde mit billigeren Kartoffeln beliefert wird. Weiter wird beschlossen, zur Ergänzung defekter Schläuche der Feuerwehr 40 Meter neue Schläuche für 19 Mk. den Metzler anzulassen. Auf eine Eingabe des Vereins für Handel und Gewerbe Leipzig-Land geht Aufhebung der Verteilung von rationierten Waren durch die Gemeinde beschließt der Gemeinderat mit Rücksicht auf die wenigen Waren, die noch zu verteilen sind, die Eingabe bei der Amtshauptmannschaft zu bekräftigen. Dem Antrag der Frau Privatmann D. Wilmann geb. geb. Feldparzellen Nr. 189, 201, 202 von zusammen 18 000 Quadratmetern wird zugestimmt. Der Antrag des Gemeindevorstandes wird in zwei Teilen der Wassermeister Däniel und Karlmann übertragen. Annahme fand noch ein Antrag zur Kirchen- und Gemeindefeuerordnung. In Zukunft erhebt die Kirche von ihren Angehörigen eine Grundsteuer von 1/2 Prozent.

Techniker-Gaufag.

Am Sonntag, dem 17. Oktober 1920, fand in Erfurt der 2. ordentliche Gaufag des Gauzes Mitteldeutschland vom Bunde der technischen Angestellten und Beamten statt. Erschienen waren 85 Delegierte, die circa 15 000 Techniker aus 95 Ortsvereinigungen vertraten. Gauleiter Blumenhain-Halle und der Gauvorstandsmitglied Klostermann-Jena und Kunze-Dessau berichteten über die seit dem 1. Januar 1920 zu Halle a. d. Saale stattgefundenen 1. ordentlichen Gaufag im Gaugebiet geleistete agitatorische und gewerkschaftliche Arbeit sowie über die Tätigkeit des Gauvorstandes und die Vorgänge in den Ortsvereinigungen. Ferner sprach über die Auswirkung des Versailler Friedensvertrages auf die Gewerkschaften Kaufmann-Berlin. Hierzu wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die sich stark gegen die Forderung der Entente richtet, alle in Deutschland befindlichen Dieselmotoren zu vernichten. Die Mitglieder des Bundes der technischen Angestellten und Beamten sichern der Reichsregierung bei der Durchführung von Abwehrmaßnahmen weitestgehende Unterstützung zu. Von dem Solidaritätsgefühl der international organisierten Arbeiter und Angestellten der Entente-Staaten erwartet der Gaufag, daß sie den Vernichtungswillen ihrer Regierungen, den festen Friedenswillen der Völker entgegenzusetzen und auf die baldige Revision des Versailler Friedensvertrages im Sinne einer ehrlichen Verständigung über den Wiederaufbau hinarbeiten. Die technischen Angestellten und Beamten werden nicht die geringste Mühe bei der verlangten Vernichtung wertvollen Gutes leisten.

Die Stellungnahme der Mitglieder des Gauzes zu den Zentralarbeitsgemeinschaften wurde durch folgende Entschließung einstimmig festgelegt: „Der Gaufag des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Gau Mitteldeutschland, billigt den Beschluß des Bundesausschusses, daß sofort ein gemeinsamer Austritt des U. S. P. D. und der Ufa aus der Zentralarbeitsgemeinschaft anzustreben ist.“

Die große Zahl der gestellten Anträge bewies, daß sich alle Ortsvereinigungen ernst um den Aufbau und Ausbau des Bundes bemühen und eingebend sind, daß nur die stärkste Organisation die sicherste Grundlage für eine wirtschaftliche Freimachung bildet. Nachdem noch grundlegend über die ehrenamtliche Tätigkeit und die Werkarbeit im Gau gesprochen wurde, sind dann die Wahlen für den Gauvorstand vorgenommen worden. Dem neuen Gauvorstand gehören nunmehr an: Klostermann-Jena, Papenroth-Magdeburg, Witke-Erfurt, Kunze-Dessau und Döberitz-Heil. Als Gauleiter wurde Blumenhain-Halle wieder bestätigt.

Am Tage vorher hatte die Ortsverwaltung Erfurt des Bundes der technischen Angestellten und Beamten eine öffentliche Angelegenheitenversammlung einberufen, in der der Architekt Kaufmann-Berlin (Mitglied der Sozialkommission) über: Aufbau und Aufgaben der freigewerkschaftlichen Angestellten-Organisationen sprach. In großartiger Weise ging der Referent auf die Haltung der freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung vor und nach der Revolution ein und besprach eingehend die Mitarbeit der Gewerkschaft bei Lösung der großen wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart, insbesondere der unabweisbaren Sozialisierung unserer Wirtschaft. Die Gewerkschaften seien heute eine Großmacht geworden, die weit über den Rahmen der Beschäftigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus berufen seien, durch diese ihre internationale Organisation bei der Neuordnung der Welt und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau entscheidend mitzuwirken.

In seinen von der Versammlung mit Beifall unterstützten Ausführungen unterzog der Redner das Verhalten der Sozialisierung, wie auch die sonstigen Interessen der Angestellten häufig vertratenden Organisationsrichtungen in der Angestelltenbewegung (G. d. A., G. f. A. und Gesamtverband christlicher Angestelltenvereinigungen) einer scharfen Kritik. Er forderte die Angestelltenverbände auf, die Reihen der gewerkschaftlichen Angestelltenverbände zu schließen, die sich in Erkenntnis der Klassenlage der Kopfarbeiter mit den freien Gewerkschaften der Handarbeiter in enger organisatorischer Verbindung aufzusuchen, um den Endkampf zwischen Kapital und Arbeit erfolgreich zu bestehen. Den Bestrebungen der 3. kommunistischen Internationale in Moskau, die die Gewerkschaften von innen heraus zu sprengen versuche, wie der Zerpfitterungsarbeit der „Christlichen“ oder „Liberalen“ „Auchgewerkschaftler“, die noch in den alten Harmonieverbänden vereint seien, müsse der ernste Wille zum einigen Zusammenwirken aller Hand- und Kopfarbeiter gegenübergestellt werden, wie er auf dem Weltkongress in Berlin zum Ausdruck kam. Mit einem stündlichen Schlußappell und einem Ausblick auf die kommende Wirtschaft, in der es nur noch gleichberechtigte Mitarbeiter geben soll und das Recht der Persönlichkeit des einzelnen gewahrt bleiben müsse, schloß der Redner seine über 1 1/2 stündigen, mit gespannter Aufmerksamkeit von den Anwesenden verfolgte und mit stürmischen Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Trotz wiederholter Aufforderung meldete sich keiner der anwesenden Sekretäre der genannten Verbände zum Wort. So daß nach einer kurzen Unterbrechung der Ausführungen des Referenten durch den Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, Kaufmann-Erfurt, die glänzend verlaufene Versammlung geschlossen werden konnte.

Gerichtssaal.

Eine unglückliche Nothet. Vom Schwurgericht Dels ist am 19. April der Stadigebirgsbesitzer Wilhelm Scholz wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. In der Nacht zum 21. Januar fand er, als er nach Hause kam, einen Dragoner in seiner Wohnung vor, den er nach einer Dienstmädchen mitgebracht hatte. Der Angeklagte, der angetrunken war, geriet hierüber so sehr in Wut, daß er dem Dragoner mehrere Hiebe mit dem Stock auf den Kopf verleihte und ihn dann kurzerhand zum Fenster hinauswarf, wo er am nächsten Morgen tot aufgefunden wurde. Der Angeklagte gab zu seiner Entschuldigung an, daß er den Dragoner für einen Eindringling gehalten und in vermeintlicher Nothwehr gehandelt habe, da er in der Stadt sehr verhasst sei und auf einen eventuellen Nachschuß gefaßt sein müsse. Das Gericht hat dem Angeklagten zugute gehalten, daß er unter der Wirkung des Alkohols gestanden habe, doch kam strafschwerend in Betracht, daß der Angeklagte den viel kleineren und schwächeren Dragoner, der um Schonung bat, in so roher Weise mißhandelt hat. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, in der er Beschränkung der Verteidigung nicht durch Ablehnung eines Beweisantrages. Das Reichsgericht hob jetzt das Urteil auf und vermie die Sache an das Landgericht zurück, da die Frage, ob das von dem Angeklagten angewendete Mittel geeignet war, den Tod herbeizuführen oder nicht, nicht genügend geprüft worden ist.

Briefkasten der Redaktion.

Z. 4. 1. Ueber die Möbel, die Sie in die Ehe gebracht haben, oder die während der Ehe gemeinsam erworben sind, haben Sie Verfügungsrecht. 2. Sie müssen der Frau das geben, was zu Ihrem Unterhalt nötig ist. Schließlich ist über die Höhe nichts festgelegt. 3. Ja, wenn die Rentie zu Ihrem Unterhalt nicht ausreicht. Wiederholte Sie zu zahlen haben, können wir nicht wissen. 2 Mk. für die Postkasse.

Ich komme wieder:
Goldperle
Dr. Gentner's Salmiak-Terpentin-
Seifenpulver
Wundervoll schäumend, durch den Salmiakzusatz verblüffend schnell schmutzlösend, die Wäsche schonend.
Zum Elawelchen: Rettern-Bleichsoda.
Verkeller: Carl Gentner, Göttingen (Mitteldeutschland)

Ämtliche Bekanntmachungen.
100 Mark Belohnung!
Gestohlen wurde am 22. d. M., vormittags in der 9. Stunde vor dem Grundbüro Brühl 27 1 zweirädriger Handwagen mit Koffern, Koffer, Geld und Kisten schloßabgebrochen gelassen, an beiden Seiten des Rahmens in gelber Schrift die Beschriftung „Korbmacher, Reparaturwerkstatt und Lager“; der Rahmen ist neu, noch ungekrümmelt und 40 cm länger als der Kasten.

Auf Wiederbeschaffung des gestohlenen Wagens sind vom Geschädigten 100 Mk. Belohnung ausgesetzt worden.
Sachdienliche Wahrnehmungen erbittet schnellstens die Kriminalabteilung zu Kr. V. A. VI 254/20, Leipzig, den 23. Oktober 1920.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Die Halbesamtsbekanntmachungen über den Verkehr mit Knochen, Knochenextrakten, insbesondere Knochenfett und anderen fetthaltigen Stoffen werden aufgehoben nachdem die darauf bezüglichen reichsrechtlichen Bestimmungen außer Kraft getreten sind.
Leipzig, am 22. Oktober 1920. Gew.-A. J. A.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen
in den Schrebergärten Bauw.-Schmidt am der verlängerten Selterhäuser Straße.
Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. Dezbr. 1911 zum Viehseuchengesetz und § 41 der sächsischen Ausführungsverordnung vom 7. April 1912 wird das Grundstück als Beobachtungsgebiet bestimmt.
Erlaucht ist die Suche in den Grundstücken Oststraße 32 und Wittenberger Straße 2. Der 12. Polizeibezirk bleibt aber Beobachtungsgebiet.
Leipzig, am 23. Oktober 1920.
Gew.-A. L.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Laucha. Kartoffelverkauf in Zentner
aus dem städtischen Lager Dienstadt, vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-4 Uhr auf Kartoffelmarken. Preis 27.50 Mk. für den Zentner.
Die Schöffens- und Geschworenen-Urteile liegt vom 25. bis 31. Oktober 1920 im städtischen Rathaus, Zimmer 8, zur Einsicht aus. Während dieser Zeit kann daselbst gegen die Richtigkeit der Urteile Einspruch erhoben werden. Im Uebrigen wird auf den Anschlag im Rathaus hingewiesen.
Stadttrat Laucha.

